

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stinkkatene Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeb.),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staniak; verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Beienbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreizehnpaltige Beizeile oder deren Raum 80 M.

Inhalt: Die Reichstagswahlen und ihr Ergebnis. — Politische Umschau. — Arbeiterbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßnahmen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Beschlüsse und Verhandlungen der Jahresversammlungen der Gewerkschaften. — Jahresberichte der Gewerkschaften: Bremen; Erfurt; Sieding; Stuttgart. — Beiträge zum Beihilfenswesen. — Arbeiterkassen in Baden. — Zentral-Frankenkasse. — Aus den Verwaltungsverhältnissen. — Sterbefälle „Grundstein zur Einigkeit“. — Vom Bau. — Unfälle, Arbeiterkassen, Subventionen usw. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Die Reichstagswahlen und ihr Ergebnis.

Ueber das Ergebnis der am 25. Januar stattgehabten Hauptwahlen haben wir unsere Leser in Nr. 5 unseres Blattes unterrichtet. Es wurden damals leider nur 29 Sozialdemokraten gewählt, während 89, nicht 91, in die Stichwahl kamen. Auch die Stichwahlen sind nun, größtenteils am 5. Februar, vorgenommen worden. Der Kampf der Parteien um die Mandate ist zu Ende. Die zweite Wahlkammer brachte der Sozialdemokratie noch weitere 14 Mandate. Es wurden gewählt: Bismarck (heutiger Vertreter) mit 46 680 gegen 31 140 nationalliberale Stimmen; Gue-Bochuin (heutiger Vertreter) mit 57 000 gegen 55 000 nationalliberale Stimmen; Dr. David-Waig (heutiger Vertreter) mit 15 771 gegen 14 780 nationalliberale Stimmen; Ged. Karlshuse (heutiger Vertreter) mit 17 157 gegen 15 834 nationalliberale Stimmen; Volkmar-München II (heutiger Vertreter) mit 50 500 gegen 28 200 volkparteiliche Stimmen; Ehrhart-Indwighausen-Speier (heutiger Vertreter) mit 21 600 gegen 17 400 nationalliberale Stimmen; Eichhorn-Pforzheim (heutiger Vertreter) mit 17 024 gegen 14 430 nationalliberale Stimmen; Lehmann-Wiesbaden mit 19 360 gegen 18 012 nationalliberale Stimmen; Brühne-Höchst-Müngen mit 18 300 gegen 15 100 Zentrum-Stimmen; Hoch-Hanau mit 19 999 gegen 18 880 nationalliberale Stimmen; Ulrich-Offenbach mit 21 000 gegen 17 000 nationalliberale Stimmen; Severing-Bielefeld mit 18 168 gegen 16 160 nationalliberale Stimmen, die auf den früheren preussischen Handelsminister v. Möller entfielen; Hengsbach-Duisburg mit 43 141 gegen 38 599 nationalliberale Stimmen; Böhle-Strasbourg mit 14 888 gegen 14 705 „freiwilrige“ Stimmen. (Von unseren Verbandskollegen sind Hüttmann und Silberschmidt, letzterer nur mit circa 600 Stimmen, unterlegen. Der Vorliegende des christlichen Bauhandwerkerverbandes, Josef Wiebeberg, ist in Hameln-Soest mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt.)

Die Sozialdemokratie hat also in der Stichwahl sieben neue Kreise (Wiesbaden, Höchst-Müngen, Hanau, Offenbach, Bielefeld, Duisburg und Strasbourg) gewonnen, während sie in der Hauptwahl nur einen neuen Kreis (Mühlhausen i. E.) zu erwerben vermochte. Ihr Mandatsbesitz nach dem Ergebnis der Hauptwahl und der Stichwahl befreit sich auf 43. Sie verlor bei den Stichwahlen folgende seither von ihr vertretene Kreise: Frankfurt a. M., Elberfeld, Darmstadt, München I, Dresden-Alttadt, Zittau, Plauen, Meissen, Reichenbach-Neurode, Potsdam-Weißhaveland, Radow-Greifenhagen, Weimar-Abolda, Lennepe-Wettmann, Stettin, Rostock, Flensburg, Lauenburg, Elmshorn-Pinneberg und Bremen.

Diese Verluste, einschließlich derer, die der 25. Januar der Sozialdemokratie brachte, sind zwar sehr schmerzhaft. Im neuen Reichstage wird die sozialdemokratische Fraktion nur etwas mehr als halb so stark sein, wie sie vor dem 13. Dezember vorigen Jahres war. Aber wie haben keinen Grund, uns darüber in Klagen und trüben Betrachtungen zu

ergehen. Mögen die Gegner, die reaktionären Gewalten und Parteien, sich das billige Vergnügen gönnen, ein Triumphgeschrei anzustimmen und sich in dem Gedanken zu berauschen, die Sozialdemokratie habe eine „schwere Niederlage“ erlitten. Dieser ordnungspolitisch-demagogische Spektakel kann uns nicht erregen, uns nicht nervös machen, unser ruhiges, objektives Urteil nicht beeinflussen. „Niederlagen“ von der Art, wie sie jetzt der Sozialdemokratie von den Soldschreibern der Reaktion und den „nationalen“ Parteien höhnisch vorgehalten werden, haben wir im Verlauf von vierzig Jahren mehrere erlebt, so nach den Reichstagsauflösungen von 1878 und 1887. Die Reichstagswahlen des letzteren Jahres verringerten die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter im Reichstage von 24 auf 11. Aber die Partei hat aus solchen „Niederlagen“ immer neue Kraft gewonnen, ist aus ihnen stets mächtiger hervorgegangen. Von einer wirklichen Niederlage einer großen politischen Partei kann nur dann die Rede sein, wenn das Wahlergebnis erkennen läßt, daß sie im Volke, in der Masse der Wähler, erheblich an Boden, an Ansehen und Einfluß verloren hat. Der Rückgang in der Zahl der Mandate beweist dafür nichts, wenn er nicht auf einem entsprechenden Rückgang der Stimmen beruht. Die Sozialdemokratie aber kann auf die Tatsache hinweisen, daß ihr die jetzt vollzogenen Neuwahlen einen Stimmenzuwachs von etwa 250 000 gebracht haben. Das ist ein Erfolg, der in Anbetracht aller Umstände und Verhältnisse, die für eine objektive Beurteilung des Wahlergebnisses in Betracht kommen, wahrlich nicht gering zu erachten ist.

Unsere Leser mögen nur unbefangenen und scharfen Blick auf die offensündigen Tatsachen richten. Von vornherein unterlag es keinem Zweifel, daß sich der Kampf nach dem Wunsche und den Parolen der Regierung nicht gegen das „Schwarzrote Kartell“, die insam erlogene „Vereinsgenossenschaft“ zwischen Zentrum und Sozialdemokratie, sondern lediglich gegen letztere richtete. Mit der Bekämpfung des Zentrums war es weder der Regierung noch den ihr verbündeten Parteien ernst; ja, die Konservativen und Agrarier haben sich von vornherein klipp und klar sehr scharf gegen die Zumutung ausgesprochen, mit ihren guten Freunden und Helfershelfern, den Ultramontanen, zu brechen. Und sie haben dem entsprechend im ganzen Wahlkampfe gehandelt. „Nieder mit der Sozialdemokratie“, das war die gemeinsame Parole aller der „Umsturzpartei“ entgegenstehenden Parteien wie der Regierung. Sie wollten eine große ordnungspolitische „Kraft- und Machtprobe“ machen. Und sie haben sie gemacht unter Anwendung der denkbar verwerflichsten Praktiken. Die jämmerlichste Rolle dabei hat der „Liberalismus“ gespielt. „Freiwilrige“ und Nationalliberale hätten schon für die Hauptwahl Pakt mit den Konservativen, Agrariern und Antifemiten geschlossen. Auf diese Weise erreichten sie, daß am 25. Januar der Sozialdemokratie die beiden Breslauer Stadtkreise, Gotha, einige sächsischen Kreise, beide Neuf, Braunschweig, Königsberg, Magdeburg, Halle usw. verloren gingen. Ohne sich irgendwelchen grundsätzlichen Bedenken hinzugeben, haben die „nationalen“ Parteien den frivolsten Mandatsstahcher geübt.

Hierzu kam ihre Taktik der „Aufspaltung“ der Massen des Bürgertums und der Indifferenten, der „Partei der Nichtwähler“, durch eine wahre Sündflut von gegen die Sozialdemokratie gerichteten Lügen und Verleumdungen, mit denen sie den „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ verließ, oder die sie sich selbst kontruierten. In erster Linie

war es babei auf den „Mittelstand“ abgesehen. Frecher und gewissenloser als je zuvor ging man die Kleingewerbetreibenden und die Bauern mit dem Schwanz an, die Sozialdemokratie habe es darauf „abgesehen“, den Mittelstand zu „vernichten“. Wie in so manchen anderen, so erzielten auch in diesem Punkte die „Liberalen“ den Reford, indem sie das Genossenschaftswesen, die Konsumvereine usw. gegen die Sozialdemokratie auspielten. Das taten dieselben Liberalen, die sich sonst immer damit brühten, daß sich ihre Vorkämpfer, Schulze-Delitzsch u. a., das Verdienst erworben haben, das Genossenschaftswesen in Deutschland einzuführen! Und dieselben Liberalen, die es sich sonst gleich den Sozialdemokraten gefallen lassen mußten, beschuldigt zu werden, „Feinde der Religion“ zu sein, brachten es in ihren Wahlflugblättern und Reden fertig, vor der „religionsfeindlichen“ Sozialdemokratie zu warnen. Was irgend je an dummen Lügen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie ausgeheckt worden ist, das wandten die „nationalen“ Parteien als Waffe gegen die Sozialdemokratie an, um den „nationalen Geist“ zu entfachen. Die patriotische Phrase, die verächtlichste nationale Heuchelei, mußten ihren Einfluß üben auf die Dummen und die Faulen, um sie für die Wahl „nationaler“ Kandidaten zu begeistern.

Selbstverständlich verband sich mit alledem ein unerhörter Terrorismus, den die Massen abhängiger Wähler, darunter auch ohne Zweifel viele Tausende von Arbeitern, zu fühlen bekamen. Alle „Antoritäten“ in Staat und Gesellschaft machten ihren Einfluß zu Gunsten der reaktionären Wahlparole geltend. Es ist kein Wunder, daß es so den „nationalen“ Parteien gelang, Hunderttausende von Wählern mehr als im Jahre 1903 für sich heranzuziehen und den Sozialdemokraten nahezu die Hälfte ihrer Mandate abzunehmen. Aber das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen haben sie nicht verhindern können, und wenn sie dazu gelangen, sich ihre „Siege“ ruhig zu betrachten, so werden sie sich eingestehen müssen, daß es „Pyrrhusiege“ sind, die sie errungen haben. Schon haben einzelne konservative, agrarische und „liberale“ Organe offen zugegeben, daß die Sozialdemokratie keineswegs eine Niederlage, sondern höchstens eine Schlappe erlitten habe. Ohne Zweifel ist durch die Verminderung der sozialdemokratischen Mandate auf 43 die Position der Sozialdemokraten im Reichstage ungünstiger geworden. Aber ein Tor würde sein, wer da glauben könnte, daß dadurch die parlamentarische Aktionsfähigkeit der sozialdemokratischen Fraktion beeinträchtigt werden könnte; sie wird, darauf darf man sich verlassen, die Einbuße an Mandaten auszugleichen verstehen durch energisches und klug überlegtes Eingreifen in die parlamentarischen Verhandlungen. Der in dem Wahlhelotendum der „nationalen“ Parteien verkörperte deutsche Michel aber wird den Dank für seine Dummheit und Vertrauenslosigkeit ganz gewiß erhalten. Die „nationale Begeisterung“ dieses Helotentums wird gar bald einem argen Käsejammern Platz machen, wenn die Regierung im Bunde mit den nationalen Parteien daran geht, dem Volke neue Lasten aufzubürden. Daß das geschehen wird, ist sicher. Die Regierung hat ohne Zweifel für die Durchführung ihrer diesbezüglichen Absichten wiederum eine sichere Majorität, und zu dieser Majorität gehört selbstverständlich auch wieder das Zentrum, das ungeschwächt in den Reichstag zurückkehrt und ohne Zweifel bleiben wird, was es vor dem 13. Dezember vorigen Jahres war, die „regierende Partei“, der beste und zuverlässigste Umbesegener der Regierung. Nicht mit Unrecht ist in der sozialdemokratischen Presse betont worden, daß das Wahlergebnis eine reinliche Scheidung

zwischen Sozialdemokratie und unsicheren Elementen dokumentieren. Auch wir sind der Ansicht, daß sich in den über 3 1/2 Millionen sozialdemokratischen Stimmen der feste Kern der Sozialdemokratie begriffen. Und das ist sehr bedeutungsvoll. Die Sozialdemokratie hat ihre innere Stärke, ihre Verteidigungs- und Werbekraft abermals so unumstößlich bewährt, daß nur Lören oder spekulative politische Schutlerle ihrer spotten können. Uebrigens wird sie ganz gewiß mit sich darüber zu Räte gehen, ob und inwieweit sie selbst durch begangene propagandistische oder taktische Fehler hier und da einen Misserfolg bei den Wahlen verschuldet hat. Solche Fehler, wenn sie begangen worden sind, wird die Sozialdemokratie sich sicher nicht verhehlen, um zu bewirken, daß sie in Zukunft vermieden werden.

Alles in allem hat, das wiederholen wir nachdrücklich, die Sozialdemokratie keine Ursache, über das ihr ungünstige Wahlergebnis feimütig zu klagen und zu gagen. Mit frischem Mute, vermehrter Energie und Opferfreudigkeit nimmt die Partei der Arbeiterklasse alle ihr bevorstehenden schweren Kämpfe auf, gestützt auf ihre gesunde und kräftige politische und gewerkschaftliche Organisation.

Verbandskollegen! Durchdringt auch Ihr Euch immer mehr mit der Ueberzeugung, daß jeder Erfolg, den die Arbeiterpartei zu erringen befreht ist, in stetig höherem Maße abhängt von der **Stärke und der Macht der Organisation**. Und danach handelt! Der neuen sozialdemokratischen Fraktion aber entbieten wir unseren herzlichsten Gruß! Sie wird, dessen sind wir sicher, es an gewissenhafter Pflichterfüllung im Kampfe für die Rechte, die Freiheiten und die Wohlfahrt des Volkes nicht fehlen lassen. Und sie darf sicher sein, daß die Millionen der aufgestärkten Arbeiterklasse ihr ein ehrliches, volles Vertrauen entgegenbringen.

Politische Umschau.

Der neue Reichstag ist auf Dienstag, den 19. Februar, einberufen worden. Sind offizielle Angaben richtig, so legt er sich, kleine Berichtigung vorbehalten, wie folgt zusammen:

| | Stimmen | Stimmen | |
|---------------------------------|---------|---------|------|
| Zentrum | 105 | 105 | |
| Konservative | 69 | 52 | + 7 |
| Reichspartei | 21 | 22 | - 1 |
| Deutsche Reformpartei | 6 | 6 | |
| Wirtschaftliche Vereinigung | 15 | 15 | |
| Polen | 20 | 16 | + 4 |
| Bund der Landwirte | 8 | — | + 8 |
| Schlesier | 7 | 9 | - 2 |
| Dänen, Welfen | 2 | 3 | - 1 |
| Fractionslose | 10 | 8 | + 7 |
| Nationalliberale | 55 | 51 | + 4 |
| Freiwirtschaftliche Partei | 28 | 20 | + 8 |
| Freiwirtschaftliche Vereinigung | 11 | 10 | + 1 |
| Deutsche Volkspartei | 7 | 6 | + 1 |
| Sozialdemokratie | 43 | 79 | - 36 |

Diese Zusammensetzung ist ein grimmtiger Hohn auf das gleiche Wahlrecht. Man beachte wohl, die Sozialdemokratie hat etwa 250 000 Stimmen mehr aufgebracht als im Jahre 1903. Damals erlangte sie mit 3010 771 Stimmen 80 Mandate (in der Hauptwahl und Stichwahl) — und jetzt muß sie mit 43 dorthin nehmen. Gätten wir an Stelle des Wahlsystems, das erwiesenermaßen die Gesamtstimmenzahlen der Parteien nicht zu richtiger Geltung kommen läßt, das Proporzsystem, so würden auf die Sozialdemokratie entsprechend der erlangten Stimmzahl jetzt mindestens 118 Mandate entfallen.

Ergiebt in Anbetracht dieser Erwägung ist es so monströs lächerlich, wenn die „nationalen“ Parteien sich damit brüsten, der Sozialdemokratie eine „Niederlage“ bereitet zu haben. Bestände das Proporzsystem, sie würden über das Wahlergebnis und die Zusammensetzung des Reichstages wahrlich nicht jubeln, sondern sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß die Sozialdemokratie als stärkste Partei auch mit der Mandatsziffer im Reichstage sitzt.

Die Verhandlungen des neuen Reichstages werden ohne Zweifel von vornherein sehr interessant sich gestalten. Das Amt des ersten Präsidenten wird höchst wahrscheinlich wiederum dem Zentrum besetzt werden, während die Konservativen den ersten und die Nationalliberalen den zweiten Vizepräsidenten stellen dürften.

Zunächst wird die Verfassung des Etats in Angriff genommen werden, dessen Erledigung durch die Reichstagsauslösung eine Verzögerung von mindestens zehn Wochen erfordern hat. Der Etatsentwurf enthält des „Segens“ für das steuerzahlende Volk schon sehr viel. Nach einem gut informierten Zentrumblatt sollen u. a. ein neues Flotten-gesetz mit erheblichen Verbesserungen, eine Armeever-stärkung, die auch nicht billig sein wird und im Zusammenhang damit die Forderung von etwa hundert Millionen Mark neuer Steuern beinhalten. Ganz gewiß wird aber noch manches andere nachkommen.

Jede der „nationalen“ Interessentenpartien wird nun versuchen, von der Regierung, der sie so wacker geholfen haben, ihren Tribut zu verlangen. Die Konservativen und Agrarier fordern von ihr kategorisch radikalste Einföhrung der reaktionären Politik auf allen Gebieten — eine Politik der Ausbeutung, Entrechtung und Unterdrückung der Arbeiterklasse. Das Schwarz-machertum aller Richtungen möchte die durch das Wahlergebnis geschaffene „günstige Situation“ ausgenützt wissen zur Befestigung des bestehenden Reichstagswahl-rechts und des Koalitionsrechts der Arbeiter. Die Mittelstandspolitiker verlangen entscheidener als

je Ausgestaltung der zülfrierischen Gesetzgebung. Und die liberalen Parteien werden sich mit der Regierung und der liberal-konservativen Mehrheit fürchbar herumschleichen über die Spannungsfrage liberaler Interessen. Die Christlich-sozialen der biederlichen Richtung erlangen eine „gesunde Sozialpolitik“ zur „Stärkung und Förderung der christlich-nationalen Arbeiterschaft“ damit sie im Hande ist, die revolutionäre Bewegung, vor allem die freien Gewerkschaften, erfolgreich bekämpfen zu können.

Alle werden sie kommen, die „nationalen Sieger“ mit ihrer Tributrechnung. Und dabei werden sie hart aneinandergeraten: Das Volk aber wird aufs neue erfahren, daß alle diese Parteien nichts anderes betreiben, als eine Politik des Sonderinteressen-Schadens, und daß es schließlich doch für unsere „Patrioten“ nur dazu da ist, die Bege zu bezahlen, die jene Parteien machen.

Die offiziös verbreitet, soll auch der Begehrenwurf betreffend die Berufsvereine wieder eingebracht werden, damit „bedürftigen Interessen der Arbeiter“ Rechnung getragen werde!! Kann es eine ärgere Verhöhnung der Talsache geben, daß die gesamte Arbeiterschaft sich gegen diesen Entwurf erklärt hat! Ueberhaupt soll nach offiziöser Versicherung dieses geschehen? Warten wir ab, was das sein wird. Daß es durchaus vom reaktionären Geist diktiert sein wird, unterliegt für uns keinem Zweifel.

Vom Anhebgesetz. Es wird sich bewahrheiten, daß das Reichstagsfähigkeitsgesetz sofort nach Zutritt des Reichstages von neuem wieder eingebracht wird. Dafür spricht auch eine Meinungsäußerung des Reichstagslers aus der jüngsten Zeit. Eine Offenbacher Zeitung hatte an den Kanzler die Anfrage gestellt, ob von der Regierung mit Hilfe des neuen Reichstages eine Minderheitsrevision der sozialpolitischen Gesetzgebung geplant sei. Darauf antwortete Wilow telegraphisch:

Die deutsche Sozialpolitik wird in den seit-berigen bewährten Bahnen nachdrücklich fortgeführt werden. Die Behauptung, daß die Berufsvereinsvorlage unmittelbar oder mittelbar zu einer Beschränkung der nicht rechtsfähigen Berufsvereine dienen sollte, ist unzutreffend. Insbesondere wird nicht beabsichtigt, die Mitglieder der nicht rechtsfähigen Berufsvereine irgendwie von der Verwaltung der sozialpolitischen Einrichtungen auszuschließen.

Reichskanzler Fürst Wilow.

Für die Wertung dieser Regierungserklärung ist wesentlich, daß sie einen oder zwei Tage vor der Stich-wahl gegeben wurde. Es ist durchaus nicht ungewöhnlich, daß solche Erklärungen, und seien sie noch so patetisch herangezogen, nachher völlig vergessen werden. Das haben wir doch schon oft genug erlebt; ganz zu schweigen davon, daß das, was die Regierung unter „bedürftigen Bahnen“ versteht, von uns anders klassifiziert werden muß. Was für sozialpolitische Bahnen die Regierung und ihr Reichstag einschlagen werden, werden wir noch viel zu früh erfahren.

Patriotischer Terrorismus. Im Orte Ringels-hagen bei Schwerin, im Lande der Dörrien, daß den Ochsenloß zum Wappen hat, ist es vorgekommen, daß der „nationalen“ Gemeindegemeinschaften sollte zur Strafe für Sozialdemokratie dort wohnt ein Hühner, dessen beide Söhne das ehrlame Mauerhandwerk erlernten. Einer dieser Jünglinge ließ sich befehlen, einem unserer Genossen dort bei der Verteilung der Flugblätter und Stimmzetteln behilflich zu sein. Nun traf es sich, daß dieser Tage die Kuh des Hühners Viebeschneiderei verurteilt und infolge dessen zum Gemeindegeld gebracht werden mußte. Der Bulle sollte bereits aus dem Stalle geholt werden, als der Orts-gewaltige dahinter kam, welcher fürchterliches Verbrechen der die besagte Kuh führende Jüngling auf sein Haupt geladen, und er weiterte sich nun, den Bullen seine Tätigkeit aus-üben zu lassen. Nur längeres Zureden bewog den Ge-treuen, noch einmal „Gnade vor Recht“ ergehen zu lassen. Er erklärte jedoch bestimmt, daß das nächste Mal der Bulle nicht mehr in Tätigkeit treten würde. — Heil dem nationalen Bullen und seinem nationalen Profektor!

In Ober-Schweden bei Berlin für die Be-förderung der Kampf gegen die sozialdemokratische Jugendorganisation edig ordnungspolitisch. Dem Vater eines dieser Organisation angehörenden Lehrlings wurde, wie man dem „Vorwärts“ mitteilt, eröffnet, daß, wenn er seinen Sohn nicht zum Austritt veranlasse, er möglichenfalls die Ausweisung zu gewärtigen habe. Der Vater ist Däne, aber schon seit 32 Jahren am Ort ansäßig. Auch der Lehrling wurde verhört. Ihm wurde folgende schriftliche Erklärung überlangt: „Ich ver-pflicke mich, solange ich in Deutschland bin, keiner Organisation anzugehören und keine Politik zu treiben; auch ver-pflicke ich mich, keine Agitation für den Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter zu betreiben.“ Der Lehrling verweigerte allerdings die Unterschrift. Wird die Behörde nunmehr ihre Drohung wahr machen?

Einem Einwohner von Schmölln, der der Ansicht ist, daß man sehr wohl als Feuerwehrrmann seines Nächsten Gut und Leben schützen und retten und dabei doch seiner politischen Ueberzeugung als Sozialdemokrat leben könne, wurde vom Gemeindegewalt eroffnet, daß er, weil er „öffentliche Politik“ betreiben habe bei der Reichstagswahl, aus der freiwilligen Feuerwehr auszu-scheiden habe!! Also weil der Mann Sozialdemokrat ist, darf er Gut und Leben seiner Nächsten nicht mehr beschützen. Es ist doch was „Großes“ und „Gutes“ um den Geist der „Ordnungspolitik“!

Frankreich voran! Während in Deutschland die Reaktion ihre Triumphe feiert, schreitet die Republik Frankreich voran auf dem Wege großer Reformen.

Die Regierung hat der Kammer und dem Senat einen Gesetzentwurf auf Abschaffung der Todesstrafe, dieses Ueberrestes der Barbarei der Justiz des Altertums und des Mittelalters, vorgelegt. Er wird zweifellos von beiden Körperschaften angenommen werden. Der Senat wird in Frankreich fortan nicht mehr seines ideologischen Amtes walten.

Ein anderer Entwurf, den der Finanzminister Tail-laur der Kammer vorgelegt hat, betrifft die Reform des Steuerwesens. Bisher baute sich das französische Steuerwesen im wesentlichen auf der Grundlage der Realsteuern und indirekten Abgaben auf. Mit dem neuen Einkommensteuergesetz soll der Uebergang zu dem Prinzip der Personalsteuer bei der Einkommensteuer in Frankreich herbeigeführt werden: Die inter-essanteste Neuerung ist der Unterschied bei der Besteuerung des Einkommens, je nachdem es aus beweglichem und unbeweglichem Besitz, aus Handel und Industrie oder aber aus Arbeitsleistungen herrührt.

Der Entwurf stellt den bestehenden Realsteuern auf alle Einkommensarten eine allgemeine Einkommensteuer, die Personalsteuer, an die Seite. Diese besagt mit vier Prozent die Einkommen aus beweglichem und unbeweglichem Besitz, mit dreieinhalb Prozent die Einkommen aus Industrie und Handel und mit drei Prozent die Einkommen aus Arbeitsleistungen. Die gegenwärtige Art der Besteuerung französischer Werte soll aufrecht erhalten bleiben; der Ertrag dieser Besteuerung soll um fünf Millionen erhöht werden, ohne daß jedoch die im Besitz von Familienständen mit kleinem Einkommen befindlichen französischen Werte höher als bisher besteuert werden. Alle ausländischen Werte sollen freien Zutritt zum französischen Markt haben gegen eine Stempelabgabe von zwei Prozent des Nennwertes und eine Steuer von fünf Prozent auf das aus ihnen fließende Einkommen. Die französische Mante bleibt von der Steuer frei, jedoch bleiben die aus Staatswerten fließenden Einkommen nicht von der allgemeinen Einkommensteuer befreit; vielmehr sollen diese Einkommen, sobald sie fünfmaliges Francs übersteigen, nach einer progressiven Scala getroffen werden, die mit 20 Centimes beginnt und bis zu vier Prozent des Einkommens geht; auf diese Weise sollen 120 Millionen aufgebracht werden können. Steuererläuterungen der Steuerpflichtigen sollen, sofern sie sich nicht als falsch erweisen, als Grundlage der Besteuerung angenommen werden; willkürliche Nachschauungen seitens der Behörden finden nicht statt. Die Verwaltung wird über die Banken und Kredit-institute eine Kontrolle ausüben; Unterschleife sollen mit strengem Geßtrafen belegt werden.

Wie nimmt sich das aus gegenüber der Tatsache, daß das Deutsche Reich seitlich an dem unangenehmen System der indirekten Besteuerung?

Auch Vorbereitungen für eine Wahlrechtsreform sind in Frankreich im Gange. Das mit dieser Reform sich befassende Komitee sprach sich für allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht mit Einführung einer Departementssystematik unter Zugrundelegung des Proportionalitätensystems aus. Auf je 25 000 Wähler soll ein Abgeordneter entfallen. Falls die Zahl der Abgeordneten für ein Departement zehn übersteigt, soll das Departement geteilt werden.

In Deutschland sind die des Volkes Gesichte bestimmenden Reaktionsäre am Werke, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum Reichstage zu vernichten.

Weiter ist zu beachten, daß die französische Kammer die Versammlungsfreiheit der Bürger beschlossen hat. Von nun an bedarf keine Versammlung mehr einer Anzeige bei der Behörde. Auf Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Wilow wurde beschlossen:

„In jeder Gemeinde, wo ein Saal oder ein Platz vorhanden ist, der gewohnheitsmäßig zu öffentlichen Versammlungen benutzt wird, ist der Bürgermeister verpflichtet, ihn den Bürgern zur Verfügung zu stellen, um ihnen die freie Ausübung des Versammlungserrechtes zu sichern.“

Damit ist der Saalbereitigung und Saalabtreibung ein Niegel vorgegeben. Dieses auch in Frankreich beliebte Mittel zur Verhinderung der sozialistischen Agitation wird nun wohl bald außer Gebrauch kommen, da die meisten Gemeinden Schul- oder Festhale für Versammlungen einräumen und nunmehr nicht im stände sein werden, eine sozialistische Versammlung unmöglich zu machen. — Und in Deutschland?

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernherin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

- Maurer:**
- Schleswig-Holstein:**
- Westerland a. Sylt (Differenzen), Reibek (Aussperrung);
- Mecklenburg:**
- Klütz (Aussperrung), Wismar (Sperr über Scharf & Sohn);
- Pommern:**
- Bansin (Sperr über Berger);
- Königgr. Sachsen:**
- Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marten & Kunze, Bahnhofsbauteil, Hesse, Gohlis, Lothringer, und Parisersstrasse, M. Steyskal und Seifert in Mookern, Sohr-strasse, Holnr. Militzer, Stötteritz, Schwarz-ackerstrasse), Rötha (Sperr über O. Bütcher)

- Oderwitz (Sperr über Krasing), Chemnitz (Sperr über den Neubau des Albert-Museums), Riesa (Sperr über den Bau Roch in Zeitbau);
- Thüringen:**
- Allstedt (Sperr über das Kaliwerk Heigendorf);
- Braunschweig:**
- Schöningen (Differenzen mit den Geschäften von Reinske und Buchholz und Gebr. Schönborn);
- Provinz Sachsen und Anhalt:**
- Naumburg a. d. S. (Sperr über Emil Müller, Kanonierstrasse, Dessau (Sperr über Lüdicke);
- Westfalen:**
- Bochum (Sperr über das Stahlwerk in Weitmar).
- Baden-Pfalz:**
- Heidelberg (Differenzen bei Baum und Schäfer);
- Fliegeleger:**
- Barmen-Elberfeld (Lohnendifferenzen);
- Oesterreich-Ungarn:**
- Teplitz (Streik);
- Budapest (Aussperrung).

gerichtsvorstehenden stattfinden sollten. Die erste fand am 15. Dezember statt, verlief aber resultatlos. In der zweiten Verhandlung am 27. Dezember kam man zwar zu greifbaren Vorschlägen, aber zu keiner Einigung. Neben anderem war von uns ein Mindestlohn von 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde verlangt, was die Unternehmer aber ablehnten. Sie wollten 45 $\frac{1}{2}$ Höchstlohn bezahlen, worauf wir nicht eingehen konnten. Unsere Vertreter schlugen, dann ihrerseits vor, das Wort Mindestlohn fallen zu lassen, wenn die Unternehmer das Wort Höchstlohn fallen ließen. Die Unternehmer erklärten aber, darauf nicht eingehen zu können, da sie von ihrem Grundsatz nicht abgehen dürften; denn gerade die Einführung eines Höchstlohnes sei es gewesen, was sie zum Arbeitgeberverband geführt habe. Um ein Entgegenkommen zu zeigen, schlugen wir weiter vor, für das Jahr 1907 zu den gegenwärtigen Löhnen eine Zulage von 2 $\frac{1}{2}$ und für das Jahr 1908 eine solche von 3 $\frac{1}{2}$ zu gewähren. Auf den ersten Vorschlag wollten die Unternehmer zwar eingehen, aber im zweiten Falle wollten sie nur 1 $\frac{1}{2}$ geben. Der Vorige machte den Vorschlag, für jedes der beiden Jahre eine Zulage von 2 $\frac{1}{2}$ zu gewähren, womit wir schließlich mit einem kleinen Zusatz einverstanden gewesen wären; aber die Unternehmer lehnten auch diesen Vorschlag ab, und die Vertreter der beiden Organisationen gingen resultatlos auseinander. Am 3. Januar teilte uns dann der Arbeitgeberverband mit, daß die Unternehmer nur für das Jahr 1907 die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt wissen wollten, und wir sollten innerhalb acht Tagen mitteilen, ob wir damit einverstanden wären, wenn für diese Zeit eine Lohnzulage von 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gewährt würde. Wir teilten mit, daß wir zu weiteren Verhandlungen bereit seien, aber in dieser kurzen Zeit eine bestimmte Antwort nicht erteilen könnten. Man gab uns eine nochmalige Frist von fünf Tagen, welches Schreiben unsere Kollegen unbeantwortet ließen. Darauf erstellten wir am 27. Januar ein weiteres Schreiben des Arbeitgeberverbandes, das besagte, wenn wir das Angebot der Unternehmer nicht bis zum 2. Februar angenommen hätten, sollten alle organisierten Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ausgespart werden. Dieses wollten wir in der gegenwärtigen Zeit nicht über uns ergehen lassen und schloßen darum mit den Unternehmern auf der Grundlage des Angebotens einen Vertrag ab, der am 31. März 1908 zu Ende geht, und wenn nicht gefündigt wird, immer ein weiteres Jahr Geltung hat. Vorstehender Fall zeigt wieder zur Genüge, wie ehrlich die Worte der Unternehmer gedacht sind, wenn sie von uns verlangen, wir sollten sie rechtzeitig von unserm Vorhaben unterrichten damit sie sich bei ihren Submissionen darauf vorbereiten könnten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Delegiertenwahlen zum Verbandstag. Die in Nr. 5 des „Grundstein“ ausgedruckten Sitze wahlen müssen laut Wahlreglement am 18. Februar 1907 beendet sein. Die Wahlprotokolle sind uns bis zum 22. d. M. auszuliefern; später eingehende Protokolle sind ungültig. Bis zu demselben Termin müssen auch diejenigen Zweigvereine, die eine Wahlabteilung für sich bilden, ihre Wahlprotokolle eingeleistet haben.

Neue Beitragsmarken. Die neuen Beitragsmarken gelangen jetzt zur Verfertigung, und zwar ohne vorherige Bestellung. Sollte in der Preisliste das Richtige nicht getroffen sein, dann ist uns sofort Mitteilung zu machen.

Alte Beitragsmarken. Die alten Beitragsmarken (nicht Eintrittsmarken und Marken für Arbeitslose) sind ungültig und dürfen daher nicht mehr verwendet werden. Die noch vorhandenen Reste alter Beitragsmarken sind sofort einzuliefern.

Ehrenmitglieder und Mitglieber, die auf Grund § 25 des Statuts vom Verbandsbeitrag befreit sind, werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher bis zum 1. März d. J. durch die Zweigvereinsvorstände zwecks Abfertigung einzuliefern. Durch die Abstempelung wird das Recht auf Sterbenunterstützung gewahrt.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
 - b) die Sterbepfunde.
- Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszugeben ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 3. bis 9. Februar 1907 für folgende Mitglieder erteilt:

H. Hommes-Gamburg, Verb.-Nr. 125 208; Friedrich Dammridge-Beilaga, 35 347; August Sammemann-Berlin, 4770; Gustav Jannet-Berlin, (Frau), 70 486; Fritz König-Deutsch Lissa, 17 042; Karl Seebahn-Weipitz (Frau), 86 924; Philipp Vogl-Rosenheim, 268 579; August Frobel-Golberg (Frau), 69 476; Karl Kobi-Berlin, 82 298; Friedrich Rood-Berlin, 2266; Lorenz Rappart-Böfen (Frau), 44 247; Ernst Vorkmann-Gesin, 147 052; Hermann Reis-Gesin, 130 783; Ernst Rind-Dresden (Frau), 232 898; Gustav Fritweg-Weihenhausen, 106 998; Hermann Helm-Maria, 218 040; Otto Wolf-Zwickau (Frau), 148 709; Hermann Wetram-Algersleben, 51 835; Karl Krüger-Berlin (Frau), 4051; Philipp Friener-München (Frau), 88 460; Karl Henke-Golba (Frau), 154 602; Ado Kirch-Golba, 78 670.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Küster, Gamburg 1, Seitenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postschmitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 5. bis 11. Februar 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.
- Gresfeld M. 953,09, Dornhausen 655,65, Waltershausen 273,44, Dahlen 124,90, Vornhöved 76,30, Bollin 70,48, Zandau 67,40, Erding 84,80, Niederhauhen 4,96, Hübnerau-2, Gobleng 174,96, Pfarrkirchen 127,16, Bögen 25,87, Templin 83,46, Peig 2,25, Offenburg 1,28, Göttingen 20,53, Oranienburg 5,41, Kirchmüder 123,70, Mühlentof 103,04, Obernigt i. Schl. 25,88, Bollin (Prov. Sachsen) 21.
- b) Für Ratener.
- Gresfeld M. 50, Dornhausen 5, Dahlen i. E. 5, Gobleng 12,50, Bögen 5, Riffingen 17,50, Mühlentof 5.
- c) Ein Wohnort zur Verkürzung der Arbeitszeit.
- Gresfeld M. 10, Riffingen 3,50.
- d) Für Futeralen.
- Dornhausen M. 10, Dahlen 2,50, Bollin i. Rom. 1, Riffingen 2.
- e) Für „Arbeit und Kultur“.
- Gresfeld M. 45.
- f) Bericht der Bauarbeiterschußkommission 1905.
- Waltershausen, Vornhöved, Gobleng, Bögen, Heilbronn-Gmhld, Göttingen und Mühlentof je 70 $\frac{1}{2}$.
- g) „Geschichte der englischen Arbeit“.
- Riffingen und Müllin b. St. Jacob je M. 10.

Marken-Versand. Vom 1. Januar bis 9. Februar sind Marken versandt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslosenmarken, K = Kopportagemarken, L = Lokalfondsmarken):

- Muenberg 200 A à 25 $\frac{1}{2}$.
- Wolmberg 10 E à 150 $\frac{1}{2}$, 15 E à 50. Bielefeld 2000 K à 10, Büdel 10 E à 150. Barchfeld 140 B à 45. Gieckard 25 E à 50. Heiligenberg 15 E à 50. Brandenburg 1200 L à 20. Berner 31 H à 45. Bonn 200 K à 10. Bamberg 1000 L à 10. Baugen 1000 K à 10, 100 A à 25. Brud bei Münden 200 A à 25. Bienenfeld 6 E à 150. Bernburg 100 B à 40, 200 A à 25. Wrielen i. Bsp. 25 E à 50, 12 B à 35. Bochum 10 000 L à 10.
- Chemnitz 1000 L à 10 $\frac{1}{2}$, Gresfeld 2000 L à 10. Giesfeld 200 B à 30. Gummersdorf 600 K à 10. Geyndig 50 B à 60, 100 A à 25. Gieslin 400 A à 25, 20 E à 50.
- Düßeldorf 200 B à 60 $\frac{1}{2}$, Dölsch 6 E à 150. Deutsch Eylau 100 B à 35. Drossig 10 E à 50. Dären 10 E à 150. Delmenhorst 400 A à 25.
- Eutin 100 B à 45 $\frac{1}{2}$, Eisenberg 50 E à 50. Erlangen 500 L à 10. Giesfeld 100 B à 30. Einbeck 25 E à 50, 5 E à 150.
- Gleichen 200 B à 35 $\frac{1}{2}$, Freystadt 800 L à 10. Frankenhauken 5 E à 150. Forchheim 30 E à 50.
- Grimm 100 L à 20 $\frac{1}{2}$, Gera 3-0 B à 45. Gräfenhainichen 5 E à 150. Gemunden 50 B à 40. Götfa 600 L à 20. Grauberg 200 A à 25. Grene 25 E à 50. Garg a. Mügen 100 A à 25. Großhoborn 100 B à 35.
- GutsMuth 10 E à 50 $\frac{1}{2}$, Gimmerfeld 10 E à 50. Gildesheim 2000 L à 10. Hegebrunn 10 B à 45, 20 B à 40. Heilsbrunn 200 L à 10. Halle 1000 A à 25.
- Himmens 15 B à 35 $\frac{1}{2}$, Jena 5 E à 150, 25 E à 50, Jork 100 L à 10.
- Karlruhe 2000 K à 10 $\frac{1}{2}$, Ratowig 5000 A à 25. Kitzingen 100 A à 25. Kitzingen 100 A à 25, 100 B à 35. Kronach 100 A à 25, 600 L à 10. Kaufbeuren 20 E à 50, 5 E à 150, 200 L à 10.
- Lamburg 100 B à 55 $\frac{1}{2}$, Lützen 20 B à 25. Lützen 400 L à 10. Leer 100 B à 45. Lügen 10 E à 150. Lauter 50 B à 30, 100 K à 10. Lübeck 200 A à 25. Lautenberg 100 L à 10. Langenhälsa 25 E à 50, 200 A à 25. Langelsheim 2 E à 150, 100 A à 25, 200 L à 10. Landsberg a. d. Elb. 400 A à 25.
- Mannberg 50 E à 60 $\frac{1}{2}$, Meisen 200 B à 50. Meuselwitz 50 E à 50, 25 E à 150. Mittweida 10 E à 150, 100 L à 25. Norderny 50 B à 50 $\frac{1}{2}$, 10 E à 50. Rorden 10 E à 50, 6 E à 150. Neumünster 100 B à 55. Rosten 30 B à 40, 20 E à 50. Neugelle 100 B à 35. Neuhäut a. d. Saardt 1000 L à 10. Osabrück 50 E à 50 $\frac{1}{2}$, Ostab. 10 E à 150. Odesloer 75 B à 45. Offenburg 20 E à 50, 10 E à 150, 100 L à 10.
- Pöfen 1000 L à 30 $\frac{1}{2}$, Pöyitz 34-B à 50. Plana 10 E à 50, 5 E à 150, 100 A à 25, 200 L à 10.
- Quakenbrück 50 B à 45 $\frac{1}{2}$.
- Rahrodt 100 A à 25 $\frac{1}{2}$, 3000 L à 10. Rothmannsdorf 20 E à 50. Rheine 100 B à 40, 100 B à 30. Roda 10 E à 50, 100 K à 10. Roda 50 B à 45. Rosenheim 50 E à 50. Roda 200 A à 25. Roldorf 150 B à 55.
- Schwanebeck 7 B à 30 $\frac{1}{2}$, Seelitz 5 E à 150. Seiffen 100 K à 10. Seimölin 50 B à 35. Schleswig 5 E à 150. Senftenberg 1000 L à 15. Schwerin L. M. 100 A à 25. St. Johann 5000 L à 10. 500 A à 25. Sznigart 100 E à 150, 1000 A à 25. Sebnitz 400 K à 25. Stadtilm 8 B à 30. Stralsburg i. Ell. 50 E à 150. Sebpa 200 L à 10. Sachsa 20 E à 50, 200 L à 5. Schwerin 10 E à 50, 50 L à 25. Sengen 400 K à 10. Spandau 26 B à 30. Seelen 10 E à 50. Thorn 600 K à 10 $\frac{1}{2}$, Triebes 2 E à 150. Tzünning 12 B à 40. Trebitz 200 A à 25.
- Walters 800 L à 10 $\frac{1}{2}$, Weglar 200 L à 50.
- Witten 400 L à 10 $\frac{1}{2}$, 30 E à 150. Wilsnack 200 L à 10. Weßberg 50 B à 30 $\frac{1}{2}$. Weßdorf 800 L à 10. Wetmar 1000 L à 5. Wernemünde 10 E à 50. Weihenhausen 50 B à 25. Woldeberg 100 A à 25, 200 K à 10. Wippenhausen 50 B à 40. Waldenburg 100 A à 25. Werben 400 L à 10, 4 E à 50. Woldeberg 25 E à 50.
- Zwickau 50 E à 50 $\frac{1}{2}$, 20 E à 150. Zäcker 11 B à 45. Zerbau 100 A à 25. Zwickau 100 L à 10.

Dem Verbandsvorstande befristigt sind die neu-gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingeleistet haben.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Eli. Breitfeld-Bamberg (Verb.-Nr. 248 952), Anton Schöning-Lambrecht (404 123), Joh. Frank-Gof (78 520), Bruno Kreide-Golbig (60 218), Georg Brauer-Weßen (105 291), Philipp Uhrig-Witten (400 871), Justus Braun-Bitten (311 043).

Gau Elberf. Die Lohnbewegung in Reinfeld in Gollstein ist beendet. Gefordert wurde eine Lohnerhöhung von 42 auf 50 $\frac{1}{2}$ pro Stunde und eine Arbeitszeiterhöhung von zehn auf neunzehn Stunden. In der ersten Unterhandlung, die am 28. Oktober 1906 stattfand, machten die Unternehmer das Angebot, für 1907 pro Stunde 45 $\frac{1}{2}$ zu zahlen. Alles übrige, auch die Teilnahme des Gewerkschafters an der Unterhandlung, lehnten sie rundweg ab. Nachdem die Kollegen dieses Angebot abgelehnt hatten, fand dann am 18. Januar eine nochmalige Unterhandlung statt. Geboten wurde für 1907 vom 1. Mai an 46 $\frac{1}{2}$ für 1908 50 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Die Verkürzung der Arbeitszeit wurde auch diesmal abgelehnt. Dies Angebot fand dann auch Annahme bei den Kollegen. Bemerkenswert ist, daß die leitenden Kollegen glücklich gegen ihre Pflicht vertriehen, indem sie den Gewerkschaft trotz seiner Anfrage erit von dem Resultat der Unterhandlung in Kenntnis setzten, nachdem die Versammlung bereits die Annahme beschlossen hatte. Es wäre hier infolge der günstigen Konjunktur möglich gewesen, die neunzehnstündige Arbeitszeit und einen noch höheren Lohn für 1908 herauszufolgern.

In Crivitz i. M. forderten die Kollegen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 38 $\frac{1}{2}$. Die Unternehmer boten 37 $\frac{1}{2}$, jedoch auf zwei Jahre. Dies Angebot wurde angenommen und damit die Lohnbewegung beendet. In Sülze i. M. forderten die Kollegen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 32 auf 38 $\frac{1}{2}$ und 3 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Außerdem eine Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf acht Stunden. Geboten wurde vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 pro Stunde 36 $\frac{1}{2}$ und die achtstündige Arbeitszeit, vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 pro Stunde 38 $\frac{1}{2}$. Dies Angebot wurde von den Kollegen angenommen. Zwei Unternehmer, die für die Verneinung von wenig Bedeutung sind, haben auf die ihnen zugegangene Mitteilung noch nicht geantwortet.

In P a r d i i. M. sollen die Unternehmer den Stundenlohn von 38 auf 45 $\frac{1}{2}$ erhöhen. Geboten sind bis jetzt 40 $\frac{1}{2}$ vom 1. April an. Dies Angebot haben die Kollegen aber abgelehnt und beschlossen, an der gefestigten Forderung festzuhalten. Gleich nachdem den Unternehmern dieser Beschluß unterbreitet war, wurde für P a r d i i. ein Arbeitgeberverband gegründet, dem sich nach Zeitungsberichten fast alle Gewerbetreibenden angeschlossen haben. Es scheint so, als wenn der Arbeitgeberverband seine erste Kraftprobe mit unserer Organisation versuchen wollte. Der Kampf kann beginnen, wir sind gerüstet.

In S c h w e r i n i. M. fordern die Kollegen die neunzehnstündige Arbeitszeit und eine Erhöhung des Stundenlohnes von 50 auf 55 $\frac{1}{2}$. Die beiden Unternehmerorganisationen, die Innung und der Verein Schweriner Bauaufgahite, haben sich nun gegenseitig beraten und sind zu dem Entschlus gelangt, eine Lohnerhöhung von 50 auf 52 $\frac{1}{2}$ pro Stunde einzutreten zu lassen, mit der Maßgabe, daß dieser Lohnsatz mit den übrigen Bestimmungen des beizulegenden Verbandsvertrages bis zum 1. März 1909 Geltung hat. In dem Wertentworte steht auch diesmal die Klausel nicht, monach die Kollegen die nicht in Schwerin ansässig sind und noch kein ganzes Jahr auf dem Orte tätig gewesen sind, den Lohn nach Vereinbarung erhalten sollen. Diese Klausel besteht schon seit dem Jahre 1901 in allen abgeschlossenen Verträgen, ohne daß die Unternehmer davon in der Wirklichkeit Gebrauch gemacht hätten. Es hat aber den Anschein, als wenn zukünftig ein ausgedehnter Gebrauch davon gemacht werden soll. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß wir in Schwerin einer solchen Wendigkeit entgegengehen. Dies werden sich die Unternehmer zu nute machen. Deshalb dürfte es gut sein, wenn die auswärtigen Kollegen so lange Schwerin werden, bis dem die Lohnbewegung endgültig erledigt ist. Vor allen Dingen wird es sich ja auch darum handeln, die Klausel aus dem abzuschließenden Verträge auszumergen. Bemerkenswert ist die Unternehmung in ihrer Zudrucht, daß sie bereit seien, auch einer mündlichen Unterhandlung unter Hinzuziehung weiterer Kollegen zu dem Gesellschaftsrat zuzugewehen. Eine gemeinschaftliche Versammlung der Maurer und Zimmerer am 29. Januar lehnte denn auch einstimmig das Angebot der Unternehmer ab. Beschlossen wurde, die angebotene Unterhandlung anzunehmen und auf der Grundlage der eingereichten Forderung weiter zu verhandeln. Die Ausfichten sind für uns nicht die besten, darum nochmals, Kollegen, weidert vorläufig Schwerin.

Gau Nürnberg. In Hof führten unsere Kollegen im vorigen Jahre einen zwölfwöchigen Kampf, der ihnen neben anderen eine Lohnerhöhung von 3 $\frac{1}{2}$ pro Stunde brachte. In diesen schriftlich getroffenen Abmachungen war festgelegt, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Jahr 1907 während des Monats Dezember geregelt werden sollten. Wir hielten daher unsere Forderungen rechtzeitig auf und gingen damit in die Verhandlungen, die auf Vorschlag der Unternehmer unter dem Vorbehalt des Gewerbe-

Christian Wintepant-Graben (115 918), Gustav John-Nebra (838 283), Spinnung Jakob-Hannover (244 648), Wilhemus Hoth-Böten (44 822), Ernst Weis-Straße (160 545), Oskar Bernhardt-Oera (239 886), Philipp-Müller-Str. (293 89-9), Josef Meier-Regensburg (96 846), Carl Scharf-Regensburg (215 283), Joh. Föhrer-Offen (415 016), Sebastian Richter-Münden (240 314), Math. Erlich-Königsberg i. Br. (199 487), G. Schmidt-Bremen (13 678), Otto Kleine-Apolda (181 816).

Ansprechstellen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein C 218 230, August Schuler (Verb.-Nr. 216 713), Peter Schuler (218 230), Johann Haag (186 110), Mathias Vogt (208 753), Berlin: Charlotteburg: Ernst Brandt (45 044), Berlin: Reger Albin Kaiser (45 027); Bielefeld: Gilman (85 494), Wilhelm Gernandt (66 411), Heinrich Gilman (85 494), Martrankfurt: Theodor Schuler (17 341), vom Verbandsvorstand: Theodor Jarczyk (100 925), geb. am 14. Februar 1873 zu Schwenten, zur Zeit in Kall b. Götting in Arbeit.

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht genannt.

Aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein C 218 230 der Kollege August Baad (Verb.-Nr. 184 380).

Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen. **Der Verbandsvorstand.**

Bekanntmachungen der Gauvorkände.

Gau Brestau.

Die Wohnung des Gauverwalters **Eduard Wigg** befindet sich jetzt **Rehnerstr. 14.** **Heinr. Köster.**

Jahresberichte der Gauvorkände.

Gau Bremen.

In unserem vorigen Jahresbericht konnten wir darauf hinweisen, daß in den drei größten Orten unseres Gaues: Bremen, Bremerhaven und Wilhelmshaven, eine lebhaftere Bautätigkeit vorhanden sei. In diesem Berichtsjahre hat sich das in Wilhelmshaven merklich geändert. In diesem Orte ist so gut wie fast gar keine Arbeit vorhanden, und unsere Vertreter Kollegen müssen ihre Arbeitskraft nach außen hin verkaufen. Es ist in den letzten Jahren in einer Weise darauflösungswirtschaftet worden, daß einrichtssole Leute den Baukraft als unvermeidlich voraussehen. Auch in Bremerhaven, Lesse und Geestemünde steht bereits eine größere Anzahl Wohnungen leer, wo es in den vergangenen Jahren nicht so wie im vorigen Jahre war. Bremen hat sich noch so einigermaßen im alten Geleise bewegt. Die leerstehenden Wohnungen für Bremen zeigt folgende Tabelle:

Leerstehende Wohnungen in den Jahren 1900, 1903, 1904 und 1905 nach der Zimmerzahl und nach den Mietpreisen.

| Wohnräume: | Insgesamt | | | | Von je 100 Wohn- räumen der einzelnen Wohnklassen überhaupt können leer. | | | |
|--------------------|------------|-------------|------------|------------|--|------------|------------|------------|
| | 1900 | 1903 | 1904 | 1905 | 1900 | 1903 | 1904 | 1905 |
| 1 | 15 | 26 | 22 | 21 | 1,0 | 1,6 | 1,5 | 1,3 |
| 2 | 88 | 259 | 219 | 212 | 0,9 | 2,2 | 1,8 | 1,7 |
| 3 | 101 | 382 | 268 | 283 | 1,0 | 3,2 | 2,2 | 2,9 |
| 4 | 72 | 196 | 146 | 207 | 1,1 | 2,5 | 1,8 | 2,4 |
| 5 und mehr | 152 | 172 | 138 | 152 | 1,3 | 1,9 | 1,3 | 1,3 |
| Mietpreise: | | | | | | | | |
| Bis M. 150 | 45 | 68 | 56 | 38 | 0,7 | 1,1 | 0,9 | 0,6 |
| M. 151 bis 200 | 32 | 114 | 93 | 91 | 0,5 | 1,4 | 1,1 | 1,0 |
| " 201 " 300 | 94 | 294 | 220 | 284 | 0,9 | 2,3 | 1,7 | 2,1 |
| " 301 " 500 | 93 | 331 | 226 | 312 | 1,5 | 4,3 | 2,8 | 3,7 |
| " 501 " 1000 | 89 | 93 | 72 | 109 | 2,8 | 2,7 | 1,9 | 2,8 |
| " 1000 " 1500 | 35 | 34 | 28 | 30 | 3,4 | 3,2 | 2,7 | 2,8 |
| über M. 1500 | 40 | 44 | 38 | 44 | 3,4 | 3,3 | 2,7 | 2,8 |
| nicht abschätzbar | — | 57 | 60 | 67 | — | 1,8 | 1,9 | 2,0 |
| Summa ... | 428 | 1035 | 793 | 975 | 1,1 | 2,3 | 1,8 | 2,1 |

Für das Jahr 1906 war zweifellos die Zahl der leerstehenden Wohnungen noch größer. Noch eine weitere Tabelle gibt uns Aufschluß darüber, wie es in den größeren Städten des Gaues mit dem Baugewerbe bestellt ist; es betrifft dies die Zwangsversteigerungen:

| | Bremen | | | Bremerhaven | | |
|-----------------|------------------|-------------------|-------------------|------------------|-------------------|-------------------|
| | Ange- m. Anträge | Erstellte Aufsch. | Bau- (tags- summe | Ange- m. Anträge | Erstellte Aufsch. | Bau- (tags- summe |
| Januar | 83 | 13 | 289841 | 7 | — | — |
| Februar | 22 | 14 | 260300 | 1 | — | — |
| März | 21 | 9 | 120000 | — | — | — |
| April | 28 | 12 | 270100 | — | — | — |
| Mai | 20 | 18 | 143700 | — | — | 124100 |
| Juni | 37 | 4 | 71800 | 2 | 1 | 48200 |
| Juli | 28 | 14 | 328600 | 1 | 1 | 46200 |
| August | 22 | 10 | 196100 | — | — | — |
| September | 17 | 11 | 236400 | — | — | — |
| Oktober | 28 | 13 | 173950 | — | — | — |
| November | 47 | 8 | 177000 | — | — | — |
| Dezember | 41 | 6 | 77300 | 2 | — | — |
| Zusammen | 344 | 132 | 2642091 | 16 | 3 | 216500 |

Wieviel Geld man nicht in diesen Zahlen finden. Wäh- rend es also in den drei größten Orten des Gaues recht merklich ausbleibt; entfaltete sich in C 218 230 und N o r d e n h a m eine rege Bautätigkeit. Beide Orte stehen im Zeichen einer aufblühenden Industrie; in beiden Orten wird aber auch blühend darauflösungswirtschaftet, so daß sich auch hier in einigen Jahren die Folgen zeigen werden.

Im übrigen gestaltete sich die Bautätigkeit im Berichtsjahre so: Im 1. Quartal war die Bautätigkeit in 21 Wohngebieten gut, in 8 mittelmäßig, in 5 schlecht; im

2. Quartal in 21 Wohngebieten gut, in 8 mittelmäßig, in 5 schlecht; in 3. Quartal in 20 Wohngebieten gut, in 9 mittel- mäßig, in 4 schlecht; im 4. Quartal in 17 Wohngebieten gut, in 10 mittelmäßig, in 7 schlecht. Wie sich die Bautätigkeit im Jahre 1907 gestaltet wird, ist heute schwer zu beurteilen. Soviel steht fest, die private Bautätigkeit der drei größeren Orte wird den Umfang, den sie in früheren J. u. z. hatte, nicht erreichen.

Lohnbewegungen waren auch im Berichtsjahre in größerem Umfange zu verzeichnen. In 22 Orten hatten unsere Kollegen Forderungen an die Unternehmer gestellt. Davon wurden 13 durch Vereinbarung mit den Unter- nehmern erledigt, während in den übrigen Orten der Kampf entschieden wurde. Die Bewegung umfaßte 1871 Kollegen.

Es wurde erreicht: Für 72 Kollegen eine Arbeitszeit- verbüßung von täglich einer Stunde; für 190 Kollegen eine Arbeitszeitverbüßung von täglich einer halben Stunde. Lohn- erhöhung wurde erreicht für 162 Kollegen 2 1/2, für 162 Kollegen 2 1/2, für 121 Kollegen 3 1/2, für 38 Kollegen 4 1/2, für 795 Kollegen 5 1/2, für 510 Kollegen 6 1/2 und für 83 Kol- legen 7 1/2 pro Stunde. An Nebenforderungen wurden in fast allen Orten, wo Forderungen gestellt waren, für Über- stunden, Nachts, Sonntags und Wasserarbeiten Zuschläge zu den Stundenlöhnen bewirkt. In einem Fall wurde auch eine Verbüßung der Arbeitszeit am Sonnabend erreicht. Auch die Verbesserung der Bautiden und Aborte wurde in 15 Orten erreicht. Wir können im Berichtsjahre mit dem Erreichten zufrieden sein, ist es doch für die 1871 Kollegen, die daran partizipieren, eine wesentliche Verbesserung von M 6345,40, oder für jeden einzelnen Kollegen eine Mehr- einnahme von M 2,85% pro Woche. Von den Streiks und Ausperrungen ist folgendes zu sagen: Schon früh, am 8. März, legten unsere Kollegen in Welle die Arbeit nieder. Das Unternehmertum hatte es abgelehnt, den Lohn von 30 auf 35 % zu erhöhen, sie hatten aber nicht daran gedacht, daß sie es mit einer guten Organisation zu tun hätten. Nach dreiwöchigem Kampfe kam es zu einer Einigung und einem Tarifabschluß, der unseren Kollegen das Geforderte sicherte.

Unsere Kollegen in N u r d h sollten auch in diesem Jahre nicht zur Ruhe kommen, nachdem sie im Jahre 1904 13 Wochen, und im Jahre 1905 10 Wochen um die Ver- besserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gekämpft hatten. Diesmal war es ein Abwehrkampf, über den wir im „Grundstein“ eingehend berichtet haben. Es handelte sich um die Schikanierungen, denen unsere Kollegen seitens der Arbeitsherrn ausgesetzt waren. Alle Versuche der Verhandlungsführer blieben erfolglos, die Unternehmer wollten uns erniedrigen, was ihnen jedoch trotz des einun- dringlichen Kampfes nicht gelungen ist. Aber auch für unsere Kollegen dürfte es eine Lehre sein, erst Verhand- lungen mit den Unternehmern einzuleiten, bevor die Arbeit eingestellt wird. Das Unternehmertum in Nurdh ist eines der brutalsten, die es gibt; das haben sie im letzten Kampfe bewiesen.

Am 18. April kam es in W e r d e n zum Kampfe, nach- dem alle Einigungsversuche gescheitert waren. Auch hier hatten die Unternehmer nicht mit der Organisation gerechnet. Nach 9 Tagen mußten die Unternehmer nachgeben, um sich zu weitgehenden Zugeständnissen zu bequemen.

Am 21. April, als die Tischler- und Maschinenarbeiter neben einer Lohnforderung auch eine Arbeitszeitverbüßung von 10 auf 9 1/2 Stunden forderten, verbandte der Bau- arbeitgeberverein für W u t j a d i n g e n folgendes Schreiben:

Nordenham, 21. April 1906.

P. P. Für 17. März d. J. sind sämtliche hiesigen Tischler und Maschinenarbeiter in den Streit getreten, ohne die für den 25. desselben Monats versprochene Antwort auf die gestellte Forderung einer Lohnerhöhung von 5 1/2 pro Stunde und Verbüßung der Arbeitszeit abzuwarten.

In diesbezüglichen Verhandlungen wurden 4 1/2 Lohn- aufschlag pro Stunde bewilligt, jedoch will der Arbeitgeber- verband die geforderte Arbeitszeit beibehalten, wogegen der Holzarbeiterverband die neunzehnstündige Arbeits- zeit eingeführt haben will.

Es liegt somit klar auf der Hand, daß dieser Aus- stand nur eine Maßnahme sein kann. Wir sehen uns daher gezwungen, heute sämtliche organisierten Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zu entlassen resp. zu kündigen. Die geehrten Herren Kollegen bitten wir daher dringend, uns in dem Kampfe, in welchen wir hineingezwungen sind, zu unterstützen, indem den Bauhandwerkern und -arbeitern, welche dort um Arbeit anfragen, die ge- bührende Auskunft zu teil wird. Eine angesehene Leute bitten wir aber anheimzugeben, in der früheren Arbeits- verhältnis zurückzutreten. Die Namen der Strei- kenden und der Entlassenen folgen nach- stehend.

Mit kollegialischem Gruß Bauarbeitgeberverein für den Amtsbezirk Wutjadingen.

Diesem Schreiben war den Umständen eine umfangreiche schwarze Liste beigegeben, die nicht weniger als 379 Namen enthielt, darunter 57 Tischler, 137 Maurer, 55 Zimmerer, 9 Maler und 121 Bauarbeiter. Am 23. April wurde die Drohung der Unternehmern zur Tat, am genannten Tage wurde das gesamte Baugewerbe gesperrt. Aber der Tag dauerte nicht lange; denn schon am 30. April konnte die Arbeit wieder aufgenommen werden, und die Unter- nehmer waren die blamierten Europäer, sie mußten unseren Kollegen den Gewalttat mit einem erhöhten Stundenlohn von 50 auf 52 1/2 % bezahlen. Unsere Nordenhamer Kollegen sind gefügig aus dem Kampfe herorgegangen.

Ein 17tägiger Streik fand auch in W i s f e n s h a n , zum Zweigverein Oldenburg gehörend, statt. Auch dieser Streik endete mit vollem Erfolge unserer Kollegen.

Am 30. Mai legten unsere Kollegen in O l d e n b u r g die Arbeit nieder, nachdem alle Versuche, die Lohnfrage gültig mit den Unternehmern zu regeln, gescheitert waren. Die Oldenburger Unternehmer betreten den Standpunkt der Nichtanerkennung der Organisation und stehen damit in frischem Gegensatz zu den sonstigen Geselligkeiten des Arbeitgeberverbandes für das Weser-Embsgebiet. Der Streik mußte nach 13wöchiger Dauer ohne Erfolg für unsere Kol- legen beendet werden: So geschloßen, wie der Kampf auf- genommen wurde, ist er auch beendet worden. Die Unter- nehmer haben unsere Macht kennen gelernt und werden

es sich für die Folgezeit wohl überlegen, ob es nicht besser ist, durch Verhandlungen die Differenzen zu beseitigen. Ueber die Einzelheiten haben wir im „Grundstein“ während des Streiks eingehend berichtet. Am 20. Juni mußte auch in N o r d e n h a m der Unternehmern durch Arbeitszeitverbüßung be- wiesen werden, daß zur Erzielung von Lohnforderungen zwei Parteien gehören. Erst als unsere Kollegen Morgens einmütig die Arbeit verließen, ließen die Unternehmer mit sich reden: Einen schönen Erfolg brachte der Abschluß dieses Kampfes: Eine halbe Stunde Arbeitszeitverbüßung und 7 1/2 Lohnerhöhung war das Endergebnis.

In N o r d e n h a m es am 25. August noch zu einem Kampfe. Das Unternehmertum, das bisher glaubte, mit unseren Kollegen machen zu können, was es wollte, hatte bis dahin alles ignoriert. Die Schreiben unserer Kollegen beant- worteten die L. rnehmer erst ein Vierteljahr später. Schließlich hatte die Gehalt unserer Kollegen ihr Ende er- reicht, auch hier mußten die Unternehmer Zugeständnisse machen, die entsprechend der vorgeschrittenen Arbeitszeit und der anfänglich mangelhaften Organisation unserer Kollegen als befriedigend angenommen wurden. Unsere Kollegen haben aber gesehen, daß eine geschlossene Organisation auch in der Lage ist, etwas zu erreichen, und so sind jetzt fast alle Kollegen in W e r d e n organisiert.

Am 12. November zog noch im Wetterwinkel W i l - h e l m s h a b e n ein Gewitter herauf. In einem Fuß- werksbetriebe hatten die Transportarbeiter Differenzen wegen eines Futtermeißels. Dieser Meißel hatte sich der- artig mißliebig gemacht, daß die Arbeiter nicht mehr mit ihm zusammen arbeiten wollten. Daraufhin legten die dort Beschäftigten die Arbeit nieder. Nun nahm sich der Arbeit- geberbund der Sache an. Da sich aber die Transportarbeiter seinen Wünschen nicht fügten, drohte der Arbeitgeberverband mit der Aussperrung des gesamten Baugewerbes, welche Drohung auch in die Tat umgesetzt wurde. Nach fünf- tägiger Dauer war die Aussperrung beendet, die Trans- portarbeiter haben die Sperrung über das Fußwerks- geschäft auf.

In einem Sympathiestreik traten unsere Kollegen in N o r d e n h a m und W r a e ein. In beiden Orten befanden sich die Bauarbeiter im Streik. Im ersten Orte war die Sache in fünf Tagen, im letzteren nach 17tägiger Dauer beendet. Auch hierüber haben wir feinerzeit im „Grundstein“ ein- gehend berichtet. In N o r d e r n e y , wo die Bauarbeiter im Kampfe standen und unsere Kollegen in Mitleidenhaft gezogen wurden, haben wir den Unternehmern die gefor- derte Arbeitszeit abgerungen, und die Löhnen für unsere Kollegen, die einige Tage gezwungen feierten, mußten die Unternehmer mit bezahlen.

Bauarbeiter hatten wir noch in D e l m e n h o r s t , N o r d e n h a m und Bremen, die alle mit Erfolg be- endet wurden.

Trotzdem die Bautätigkeit in den drei großen Orten nachgelassen hat, haben wir doch an Mitgliederzahl zu- genommen. Es ist uns gelungen, unserer Idee weiter auf dem platten Lande Eingang zu verschaffen. Zwar ist die Zahl der Zweigvereine nicht größer geworden, aber wir haben die einzelnen Zweigvereine erweitern können. Die durchschnittliche Mitgliederzahl im Gau wird 5500 über- steigen. Im übrigen gibt nachstehende Tabelle über den Stand der Mitgliederzahl Aufschluß. Neuanmeldungen hatten wir im ganzen Gau 1721, davon im 1. Quartal 397, im 2. Quartal 713, im 3. Quartal 382 und im 4. Quartal 229.

| Zweigvereine | Quartale | | | | Gesamt- zugehörige 1906 |
|------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-------------------------|
| | 1. Quartal 1906 | 2. Quartal 1906 | 3. Quartal 1906 | 4. Quartal 1906 | |
| Nordh. | 57 | 61 | 72 | 82 | 1540 |
| Nurdh. | 77 | 56 | 56 | 27 | 670 |
| Wardorf | 3 | 6 | 3 | 4 | — |
| Verne | 13 | 22 | 22 | 18 | 4 |
| Wrahe | 21 | 38 | 25 | 25 | 5 |
| Wramsche | 36 | 41 | 44 | 44 | 880 |
| Wremen | 1845 | 1914 | 2271 | 2195 | 460 |
| Bremerhaven | 560 | 601 | 650 | 650 | 13020 |
| Wrinthum | 96 | 100 | 113 | 107 | 22 |
| Delmenhorst | 308 | 316 | 320 | 330 | 65 |
| Emden | 150 | 280 | 300 | 300 | 60 |
| Leer | 38 | 38 | 46 | 98 | 1440 |
| Lingen | 19 | 18 | 17 | 15 | 320 |
| Welle | 83 | 107 | 74 | 74 | 1490 |
| Münster* | — | — | — | — | — |
| Norden | 74 | 84 | 104 | 82 | 1860 |
| Nordenham | 64 | 135 | 150 | 152 | 30 |
| Norderney | 18 | 20 | 30 | 27 | 570 |
| Oldenburg | 230 | 195 | 58 | 200 | 26 |
| Osnabrück | 206 | 242 | 270 | 300 | 57 |
| Old-Scharmed. | 93 | 97 | 121 | 109 | 2150 |
| Papenburg | 16 | 10 | 9 | 5 | — |
| Quakenbrück | 5 | 10 | 17 | 24 | 170 |
| Rotenburg | 27 | 34 | 38 | 32 | 7 |
| Soltau | 12 | 7 | 17 | 17 | 340 |
| Sulingen | 8 | 4 | 4 | 5 | 40 |
| Warel | 14 | 32 | 29 | 30 | — |
| Weda** | 2 | 2 | — | — | 70 |
| Weglar | 220 | 280 | 236 | 277 | 5180 |
| Werden | 50 | 50 | 50 | 80 | 18 |
| Wiffelshöbe | 17 | 12 | 14 | 19 | 340 |
| Westerhede | 11 | 10 | 18 | 11 | 290 |
| Wibbeshausen | 12 | 12 | 21 | 14 | 350 |
| Wittmundshaven | 428 | 476 | 498 | 431 | 9290 |
| Wittmund | 81 | 90 | 98 | 82 | 1390 |
| Summa ... | 4882 | 5395 | 5795 | 5866 | 116320 |

* Neu gegründet, ** Aufgelöst.

Erfreulicherweise haben eine Anzahl Zweigvereine in diesem Jahre die Agitation selbst betrieben, was jedenfalls seine Wirkung auf die anderen Zweigvereine nicht ver- fehlen wird. Es sind dies die Orte N o r d e n h a m , Bremen, Bremerhaven, Wrinthum, Delmenhorst, E m - den, Oldenburg, Osnabrück, Wilhelmshaven, Welle, W e r d e n . Soffentlich gelang es uns im Jahre 1907, die in unserem Gau noch nicht organisierten Kollegen zu uns herüber zu ziehen; es sind dies immer noch 900 bis 1000. Am Schluß des Jahres bestanden 84 Zwei-

berne; der Zweigverein Wehra mußte aufgelöst werden und einer wurde neu gegründet; es ist dies der Zweigverein Munster in der Provinz Hannover.

Vom Bauarbeiterschuß ist nicht viel zu berichten. Die Hoffnung, in der Bremer Bürgerchaft bei Beratung der neuen Bauordnung ein gutes Stück Bauarbeiterschuß ins Gesetz hineinzubringen, ist lässig gescheitert. Die Bremer Bauarbeiter sind eben tonangebend in diesem Parlament. Man vertritt uns damit, daß Polizeiverordnungen erlassen werden sollten, die den Bauarbeiterschuß regeln. Obwohl das ein Jahr seit den Verhandlungen verfloßen ist, hört man von einer Verordnung nichts mehr. Dabei mehren sich die Unfälle fortwährend. Was von den größten Zweigvereinen des Gaues in bezug auf Bauarbeiterschuß zu sagen ist, das gilt auch für alle übrigen Orte. Es wird Aufgabe der Organisation sein, auch für die Polizeigewinn wieder darauf hinzuwirken, wie unzulänglich der Bauarbeiterschuß ist.

Die Korrespondenz gestaltete sich wie folgt: Ausgegangen sind 772 Postsendungen, nämlich 211 Briefe, 241 Karten, 44 Telegramme, 15 Postanweisungen, 11 Pakete und 250 Drucksachen. Eingegangen sind 603 Postsendungen: 380 Briefe, 194 Karten, 25 Telegramme, 7 Postanweisungen, 5 Pakete und 82 Drucksachen.

Die Geschäfte des Gauvorstandes wurden in 15 Gauvorstandssitzungen und 4 Sitzungen mit dem Bremer Zweigvereinsvorstand erledigt. Wir wollen an dieser Stelle noch darauf hinweisen, daß sich die Zweigvereinsvorstände nicht in allen Fällen auf den Gauvorstand verlassen sollen, sondern überall und zu jeder Zeit selbst tätig sein müssen. Dann werden wir auch im nächsten Jahresbericht berichten können, daß wir wieder ein gut Stück vorwärts gekommen sind.

Vorher wir den Bericht abschließen, möchten wir an alle Zweigvereine die Bitte richten, dafür Sorge zu tragen, daß auch in der politischen Bewegung mehr als bisher getan wird. Unsere Aufgabe muß es sein, die Parteisitzungen, „Bremer Bürgerzeitung“, „Norddeutsche Volksstimme“ und das „Norddeutsche Volksblatt“ zu abonnieren und neue Leser für die Arbeiterpresse zu gewinnen. Öffentlich machen wir auch nach dieser Richtung in nächster Zeit Fortschritte.

Ueber die Kassenerhältnisse geben nachstehende Zahlen Aufschluß:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme' (Income) and 'Ausgabe' (Expenditure) for 1906 and 1907.

Table with 2 columns: Description and Amount. Lists various expenses like 'Beamtengeld', 'Entgangener Arbeitsverdienst', 'Dahen', 'Postgebühren', etc.

Table with 2 columns: Description and Amount. Lists 'Einnahme' and 'Ausgabe' for 1907.

Bestand am 1. Januar 1907: M. 4617,98

Dabon der Sparkasse belegt M. 4395,20

E. Hildebrand, Gauvorsitzender. Fr. Woida, Kassierer.

Revisoren: G. Lehn, E. Fröblich, P. Graumann.

Gau Erfurt.

Die Baukonjunktur war im verfloßenen Jahre im allgemeinen im ganzen Gau gut. Nach den Berichten der Zweigvereine kann in allen vier Quartalen konstatiert werden, daß entweder von guter oder mittelmäßiger Bautätigkeit berichtet wird.

Nur Mühlhausen und Camburg berichten durch alle vier Quartale von schlechter Konjunktur. In Zahlen ausgedrückt hatten im ersten Quartal 24 Vereine gute, 18 mittlere und 4 schlechte Konjunktur; im zweiten Quartal 23 gute, 22 mittlere und 4 schlechte; im dritten Quartal 32 gute, 15 mittlere und 7 schlechte; und im vierten Quartal 15 gute, 29 mittlere und 7 schlechte Konjunktur. Im ersten Quartal hatten 7, im zweiten 4, im dritten 6 und im vierten Quartal 10 Vereinsvorstände diese Rubrik nicht ausgefüllt. Immer noch ein Zeichen, daß einzelne Vorstände es mit der Ausfüllung des Berichtsfornulars nicht so genau nehmen.

Was die Bautätigkeit selbst betrifft, so darf gesagt werden, daß je nach der Größe der einzelnen Städte teils die Spekulation, teilweise aber auch die Privatbautätigkeit vorherrschend war. In verschiedenen Orten wurden auch öffentliche Gebäude aufgeführt, und ebenfalls hatte auch die Industrie Bedarf an Gebäuden, so daß also gesagt werden kann, daß fast alles in gleichem Maße an der Bautätigkeit beteiligt war.

Diese allgemeine gute Bautätigkeit half sicher mit bei der Werbung neuer Mitglieder. Die Zahl der neu aufgenommenen Mitglieder beträgt 3202, und spiegelt sich in dieser Zahl sicher auch die Arbeit wieder, die alle die Kollegen geleistet haben, die bei der Werbung mitgeholfen haben. Die Mitgliederzahl betrug im vierten Quartal 1906 4578 und am Schlusse des vierten Quartals 1906 6249, also eine Zunahme von 1671. An Mitgliedern hatte der Gau im ersten Quartal 5101, im zweiten Quartal 5747, im dritten Quartal 6084 und im vierten Quartal 6249; im Durchschnitt 5795 Mitglieder. 32 Zweigvereine hatten eine Zunahme von 1190 Mitgliedern, 17 Vereine eine Abnahme von 196 Mitgliedern. Zwei Vereine, Klinge und Finsterbergen, mit 12 Mitgliedern haben sich aufgelöst, 2 Vereine sind in ihrer Mitgliederzahl gleich geblieben und 15 Zweigvereine sind im Laufe des Jahres neu gegründet worden. Diese bringen einen Zugang von 693 Mitgliedern. Goldbach und Hohenrichen sind mit Gotha und Mosbach mit Eisenach verschmolzen.

Mühlberg, das im vierten Quartal 1905 nur 4 Mitglieder hatte, sollte an Erfurt angegliedert werden, weigerte sich aber und wird auf Grund dessen nicht mehr als Zweigverein geführt.

Die Zahl der Zweigvereine beträgt jetzt 65, im Jahre 1905 waren es 66. Größere Steigerung in der Mitgliederzahl haben Allstedt, Arnstadt, Eichen, Eisenach, Erfurt, Meiningen, Mühlhausen, Noth, Nütha, Saalfeld, Schmalkalden, Tam bach und Wölfis aufzuweisen. Sehr zu wünschen ist, daß diese Steigerung erhalten bleibt, indem in diesen Vereinen der Höhepunkt des Erreichbaren noch nicht überschritten ist.

Neue Zweigvereine wurden gegründet in Gairzode, Neuhagen, Niedergera, Grobbodungen, Schlotheim, Tennstedt, Sacksa, Zellfurt, Liebenstein, Gehaus, Königsee, Unterweißbach, Proßzella, Leheßen und Mosbach b. Neustadt. Der geographischen Lage nach kann gesagt werden, daß wir mit diesen Neugründungen vom Norden bis zum Süden des Gaues weitere Stützpunkte für die Organisation geschaffen haben. Nur Gehaus scheint nicht viel Leben zu haben, es muß deshalb im Frühjahr nachgeholt werden.

Zu erwähnen ist noch, daß Hildburghausen im Sterben liegt, indem im vierten Quartal Beiträge nicht mehr geleistet worden sind. Ob der hohe Lohn von 25 bis 28 $\frac{1}{2}$ und die wohl- bis dreizehntägige Arbeitszeit schuld daran sind, habe ich bis jetzt noch nicht ermitteln können. Alle Versuche, die Kollegen zusammenzubringen, sind gescheitert.

Die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder begann im Gau mit der Verbreitung des vom Hauptvorstand herausgegebenen Flugblattes. Auch sonst ist vom Hauptvorstand alles getan worden, um weiter vorwärts zu kommen. Vom Gauvorstand wurden 200 Versammlungen einberufen, 138 Sitzungen und Besprechungen abgehalten und 14 Revisionen ausgeführt. Dazu kommt noch die allgemeine Agitation für Verkürzung der Arbeitszeit durch den Verbandsvorstand mit 30 Versammlungen.

Der Versammlungsbesuch ließ oft zu wünschen übrig. Vielleicht liegt dies daran, daß die Vorstände glauben, genügend getan zu haben, wenn sie in der Zeit die Versammlung betam gegeben haben. Das getreute Wohnen unserer Mitglieder mag auch keinen Teil dazu mit beitragen. Sicher ist aber, daß es immer an der Zahl der Teilnehmer zu merken ist, ob genügend Propaganda für die Versammlung gemacht wurde.

Obgleich auch im Jahre 1906 unsere Zunahme an Mitgliedern genau so wie im Jahre 1905 betrug, so muß doch gesagt werden, daß ein Teil der Zweigvereine, ja sogar alle Vereine, an dem Aufschwung nicht beteiligt sind. Diese leben nur so hin, und doch wäre es diesen Vereinen möglich, allein 1000 Mitglieder der Organisation zuzuführen, wenn die Agitation energischer das ganze Jahr hindurch betrieben würde. Wir wollen keinen dieser Vereine beim Namen nennen, hoffen und wünschen aber, daß in diesem Jahre Besserung eintreten wird.

6000 Mitglieder, das war ungefähr das Ziel, das wir uns zu Anfang des Jahres 1906 gesetzt hatten. Das Ziel ist erreicht worden, und doch müssen wir heute allen unseren Mitgliedern im Gau zurufen: Macht Euch in diesem Jahre nicht aus, denn noch 9000 Mitglieder stehen uns im Gau indifferent gegenüber. Wer aber nicht mit uns ist, ist gegen uns, und deshalb muß es auch in diesem Jahre für uns alle heißen: Vorwärts an die Arbeit zur Verkürzung unserer Feinde!

Größere Stabilität in der Durchschnittszahl drückt sich im verfloßenen Jahre in der Durchschnittszahl der verkauften Vertragsmarken aus. Während es 1905 nur 304 $\frac{1}{2}$ Marken waren, sind es 1906 383 auf das Mitglied; also die Zahl, die als allgemeine Durchschnittszahl in der Organisation angenommen wird. Sicher hat dieses Jahr die Hauswirtschaft herbeigeführt, die nun liberaler eingeführt ist und zum größten Teil gut ausgeführt wird. In diesem Jahre wieder neue Marken gibt. Daher haben sich wohl alle Mitglieder so eingerichtet, daß sie nicht als Schuldner gekennzeichnet sind. Der Durchschnittsverkauf im vierten Quartal war 10,4 Marken.

Der Schriftwechsel zwischen Gauvorstand und Zweigvereinen hat eine Steigerung von 254 Sendungen erfahren im Eingang und 329 Sendungen im Ausgang. Es gingen ein 1116 Briefe, Postkarten usw. und 1655 Postsendungen. Der Gaukassierer hatte 100 Eingänge und 18 Ausgänge an Postsendungen zu verzeichnen. Aus diesen Zahlen ergibt sich wohl zur Genüge, daß die Arbeit des Gauvorstandes nicht weniger, sondern ganz bedeutend mehr geworden ist. Für einzelne Zweigvereinsvorstände ist damit auch gleich die Antwort gegeben, warum sie manchmal auf Antworten haben länger warten müssen, als es sonst der Fall gewesen ist. Der Gauvorstand erledigte seine Geschäfte in neun Sitzungen.

Infolge der guten Konjunktur war auch in den meisten Zweigvereinen der Wunsch vorhanden, diese auszunutzen und in eine Lohnbewegung einzutreten. In 42 Zweigvereinen stellten die Kollegen Forderungen auf Erhöhung des Lohnes und teilweise auch auf Verkürzung der Arbeitszeit. Von diesen haben nur 60 auf 7 und 6 auf 6 auf die Durchführung berichtet. In beiden Vereinen hand die Organisation nicht auf der Höhe, um kämpfen zu können.

Der Verlaß der Lohnbewegungen war, daß in 27 Fällen verhandelt wurde und es dadurch in 18 Fällen zur Einigung mit 11 $\frac{1}{2}$ und in 8 Fällen mit einem Teil der Unternehmer kam. In sieben Zweigvereinen machten die Unternehmer stillschweigend Zugeständnisse, indem sie am Lohn aulegten, und damit gaben sich die Kollegen zufrieden.

Zum allgemeinen Streik kam es in 12 und zum partiellen Kampf in 6 Fällen.

Vollen Erfolg hatten 6 und teilweise Erfolg 86 Lohnbewegungen. Es kann also gesagt werden: ohne Erfolg ist keine Bewegung beendet worden. In Seimeda erhöhte sich der Lohn von 35 auf 45 $\frac{1}{2}$ ohne Forderung, indem durch den Bau einen großen Ziegelei die Kräfte gebraucht wurden und Fremde unter 45 $\frac{1}{2}$ nicht zu haben waren. An der Lohnbewegung waren 4664 Kollegen beteiligt, die im Durchschnitt eine Zulage von 3 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ pro Stunde er-

zielten. Außerdem erreichten eine Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde 250 Kollegen, um eine Stunde 1333 Kollegen und um anderthalb Stunden 18 Kollegen.

In 14 Vereinen wurde ein Vertrag abgeschlossen; davon haben sechs in sechs Vereinen mit acht Lohngebieten Gültigkeit bis 1. April 1908.

Das Lohngebiet Kreuzburg ruhte den Bahnbau durch zwei Lohnbewegungen aus und erzielte dadurch eine Erhöhung des Lohnes von 23 auf 39 $\frac{1}{2}$ und Verkürzung der Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden vom 1. April 1907 ab.

Allgemein gestreift haben die Kollegen in Gotha, Naha, Liebenstein, Suhl, Rudolstadt, Schlotheim, Schmalkalden, Baltenried, Saungen, Weimar, Steinbrunn, Gassel und Kreuzburg. Die Kosten betragen M. 42300. Die Kämpfe in Gotha und Naha hatten sich zum Nachteil entwickelt. Aus diesem Grunde auch ihre längere Dauer. Im allgemeinen darf gesagt werden, daß mit wenigen Ausnahmen die Kämpfe überall den Entschluß begriffen hatten und verjagt haben, den Anforderungen, die der Kampf an sie stellte, auch gerecht zu werden.

Eine allgemeine Besserung der geführten Kämpfe soll hier nicht erfolgen, jedoch halten wir es für nötig, festzustellen, daß unser Erdrögen der Kampf in Gotha nicht 23 Wochen zu dauern brauchte. Grundlag bei allen unseren Lohnbewegungen ist bis jetzt immer gewesen, das nicht zu tun, was die Unternehmer wünschen. In Gotha wollten uns die Unternehmer zum Weibhüten bringen. Obgleich die Kollegen dies einsehen, haben sie nichts getan, um diesen Plan zu vereiteln, sondern Woche für Woche an ihrer Forderung, ohne Zugeständnisse für 1906 keine Arbeitsaufnahme, festgehalten. Dadurch haben die Unternehmer Recht behalten, indem für 1906 eine weitere Zulage als die schon gewährte, kein Friedensschluß nicht bewilligt wurde.

Der Kampf in Naha wäre vielleicht zu vermeiden gewesen, wenn die Kollegen etwas mehr Ruhe und taktische Ueberlegung befehen hätten.

Die Bedeutung der Meinung des Gauvorstandes im Jahresbericht für 1905, bei Lohnbewegungen sich nicht auf den festgesetzten Termin zu verlassen, wäre hier sehr gut am Platze gewesen. Hoffentlich ziehen in beiden Orten die Kollegen die nötigen Lehren aus den Kämpfen. Damit wollen wir zugleich für das kommende Jahr und seinen Lohnbewegungen den Kollegen im Gau zurufen: Seid vorsichtig, behaltet die nötige Ruhe! Straub nicht immer an den Auspruch: Wenn wir nicht loschlagen, so laufen uns die Kollegen wieder weg. Meistens laufen die Kollegen weg, wenn der Kampf nicht so ausfällt als man glaubte, und dann ist der Verlust doppelt schwer. (Siehe Weimar.)

Zur Leitung und Ueberrwachung der Streiks waren 61 Tage nötig. Das Bildungsbedürfnis der Kollegen ist sicher verschiedenartig, aber behauptet darf werden, daß der Drang zum geistigen Fortkommen noch in seinen Anfängen liegt. Das engere Wohnen noch am Arbeitsort und dadurch das Kaufen früh und Abends von und zum Wohnort, bringen es wohl mit sich, daß der Wissensdrang unserer Kollegen kein großer ist und in der Zukunft erst noch geweckt werden muß. Aus diesem Grunde soll und muß in diesem Jahre mehr als bisher vom Gauvorstand darauf gesehen werden, daß die Zweigvereine mit Anlegung einer Bibliothek beginnen. Auch dabei wird noch manche Schwierigkeit zu überwinden sein, muß man doch schon jetzt beobachten, daß sich die Kollegen halb zu Tode wundern, daß der Hauptvorstand ein Buch gesandt hat, ohne daß es vom Zweigverein bestellt war.

Kostale zum Abhalten von Versammlungen sind mit ein paar wenigen Ausnahmen überall zu haben.

Was den Bauarbeiterschuß anbetrifft, so ist eine Besserung zum Guten nicht zu konstatieren. Die Revision, die im Weimarer Lande im Jahre 1905 unterzogen dem Landtage vorgelegt und durch Beschluß des Landtages der Regierung zur „Erwägung“ überwiesen wurde, hat eine Verfügung der Regierung wohl geeigt, jedoch enthält sie nur nicht das, was wir wünschen und für nötig halten. Nur § 2 wollen wir hier bekannt geben; dieser lautet:

Unterstützräume für Bauarbeiter.

Bei allen Bauten, bei denen mehr als zehn Arbeiter beschäftigt werden, ist eine Baudecke nötig; nur sieben, acht, neun und zehn Arbeiter am Bau brauchen demnach keine. Im Landtage sagte der Minister, die Revision sei auf die Großstädte zugeschnitten. Die Verordnung der Regierung und speziell des § 2 trägt aber daselbe Uebel an sich. Daraus können die baugewerblichen Arbeiter wieder sehen, daß wir uns in diesem Punkte nur selbst helfen müssen durch weiteren Ausbau der Organisation und gemeinsamen Vorgehen.

Was die inneren Einrichtungen in den Zweigvereinen anbetrifft, so muß gesagt werden, daß noch vieles der Verbesserung bedarf. Grundsätzlich scheinen die Revisionen in den letzten Jahren sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt zu sein. Aus diesem Grunde wollen wir beim Jahresbericht an alle Revisionen die Mahnung richten; erfüllet Eure Pflicht genau im Jahre 1907. Schreibt nicht nur den Namen unter die Abrechnung, sondern prüft gewissenhaft jeden Monat und am Quartalschluß. Auch für den Kassierer ist es eine Erleichterung, wenn er weiß, daß die Revisionen die Verantwortung mit übernommen haben.

Die „Christlichen“ haben ihre Tätigkeit wie im Jahre 1905 so auch im vergangenen Jahre auf dem Gebiete ausgedehnt. Trotzdem ist es uns auch da gelungen, vier Zweigvereine ins Leben zu rufen, und können wir uns mit der Mitgliederzahl schon freuen lassen.

Am 30. September fand in Erfurt eine „Christlich-nationale“ Konferenz statt. Beyrens-Effen referierte, und die Konferenz, die auch von annähernd 30 Frauen besucht war, beschloß, einen christlichen Sekretär in Erfurt einzusetzen. Bis heute ist es zwar noch nicht geschehen, immerhin müssen wir aber damit rechnen, daß er kommt und

dann unsere Agitationsarbeit etwas gestört werden kann. Also Zeit zum Ausruhen gibt es nicht, nur intensive Arbeit kann uns im Jahre 1907 vorwärts bringen.

Die Gaubeiträge sind im Laufe des Jahres im allgemeinen von den Zweigvereinen gut eingeliefert worden. Offenbar wird dieses auch in diesem Jahre so bleiben. Das Ziel des Gauvorstandes, ohne Aufbruch vom Hauptvorstand auszukommen, hat sich noch nicht verwirklicht; sicher dürfen wir aber im Jahre 1907 damit rechnen, wenn nicht besondere außergewöhnliche Agitationsarbeit dazwischen kommt.

Der Kassenabschluss stellt sich so:

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes 'Einnahme' (Income) and 'Ausgabe' (Expenditure) sections.

Table with 2 columns: Item and Amount. Details 'Gehalt an den Vorständen' (Salaries for board members) and 'Entgangener Arbeitsverdienst anderer Kollegen' (Lost wages of other colleagues).

Table with 2 columns: Item and Amount. Summary of 'Einnahme' and 'Ausgabe'.

Soß. Schenk, Vorsitzender. Paul Schramm, Kassierer.

Gau Stettin.

In den letzten Jahren ist die Bautätigkeit in den Bankkreisen unseres Gau's stets gut gewesen. Sowohl in den Ackerstädten wie auf den Dörfern und Gütern wurde viel gebaut, teils wurden Gebäude zu einer rationelleren Viehzucht errichtet, teils zur weiteren Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse Fabriken an Ort und Stelle gebaut. Der Ausbau der Verkehrswege, besonders des Eisenbahnnetzes, begünstigte dies. Wohl lassen die Anschläge unserer Neben- und Kleinbahnen manches zu wünschen übrig, doch ist dem Bauwörter der Absatz und der Bezug ungemein erleichtert. Die Umwandlung großer Güter in Rentengüter macht weitere Fortschritte. Die Genußgesellschaften Nauagard und Fallensburg sind vollendet und die im Jahre 1905 begonnenen Bahntreden dem Verkehr übergeben.

Alles in allem bietet Pommern jetzt ein Bild der Fortentwicklung und regen Lebens, was allem Anschein nach auch für 1907 anhalten dürfte. Öffentliche Bauten größeren Umfangs, für die nahezu 1 Million in den Etat eingestellt ist, sind in Aussicht. Zeigen so das flache Land und die Mittelstädte ein reges Leben, so gewinnt man in den Wadoorten den Eindruck der Heberanzspannung. Einwohnern und Umgebung zeigte ein Nachlassen der Bautätigkeit, während auf dem Insel Rügen ein stilles Draufgehen herrschte. Auf dem Baumarkt Stettins und der näheren Umgebung lautet ein Drud, der die Krise in der Mitte der neunziger Jahre bei weitem übertrifft, wenn er auch nicht die Schärfe erreicht, die die Störungen Ende der sechziger und Anfang der achtziger Jahre aufwiesen. In Stettin und in den Wadoorten waren Baugeschäfte schwer zu haben. Nur bei ganz sicheren Geschäften wurden diese unter 8 pSt. nebst 1 pSt. Provision abgegeben. Im Berichtsjahre standen in Stettin 4000 Maurer in Arbeit gegen 600 im Jahre 1905, 900 im Jahre 1904 und 1400 im Jahre 1903.

Schon 1905 sind im Stadtkreise Stettin im Baugewerbe rund 1 Million Mark an Löhnen weniger umgesetzt als 1904. Für 1906 dürfte trotz der eingetretenen Lohn-erhöhung der Rückgang ebenso stark sein. Die Landbezirke hielten 1905 (soweit auf, daß die im Bereich der Sektion III nachgewiesene Lohnsumme nur um ein Geringes kleiner ist als 1904. 1904: M. 17 173 057, 1905: M. 17 164 470. Für 1906 dürfte sich der Lohnumfang auf der gleichen Höhe halten wie 1905, ja, ihm vielleicht noch übersteigen. Der Arbeitslosigkeit entsprechend, ist unsere Mitgliederzahl nicht gewachsen. Wohl konnten 6 Zweigvereine neu errichtet werden, davon gingen jedoch 2 wieder ein, so daß am Jahresabschluss 82 Vereine gegen 78 im Jahre 1905 bestanden. Die Mitgliederzahl betrug 1905: 4931, im ersten Quartal 1906: 4688, im zweiten Quartal: 4778, im dritten 4689, im vierten 4812. Im März sind 184 094 Stück umgesetzt, bei der Durchschnittszahl von 4692 Mitgliedern pro Kopf 39,23 Wochenbeiträge. Im Jahre 1905 sind bei durchschnittlich 4671 Mitgliedern 87,09 Beiträge geleistet, demnach ist die Mitgliederzahl stabiler geworden. Durch Abwanderung hatte Stettin einen Verlust an Mitgliedern. konnte im Jahre 1905 mit 814 Mitgliedern im Durchschnitt rechnen, so waren es 1906 nur 648. Danach haben wir im Landbezirk (soweit an Mitgliedern gewonnen, daß wir zwar keinen Rückgang, aber leider auch keinen Fortschritt haben.

An Gegenorganisationen und sonstigen Zersplitterungsversuchen hat es nicht gefehlt. Die Dirsch-Dundersche Wüstung schickte ihr Ansehen dadurch etwas auf, daß sie die Streikbrecher organisierte. Hierdurch ist dann ihre Mitgliederzahl von 50 auf 100 im Gau gestiegen. Die lokale Richtung ging in ihrem Mitgliederbestand zurück und brachte sich durch die Strategiekämpfe der Streikbrecher des Greifswalder Bezirks, vollends um jedes Ansehen. Im letzten Halbjahre machten sie ohne nennenswerten Erfolg Winterkommern unsicher. Durch Vermittlung des 'Meißnerverbandes' besetzte uns der Land-

rat Freiherr v. Maltsahn-Grimmen die 'Christen'. In Greifswald, Kribitz und Jarmin errichteten diese unter Mithilfe von Unternehmern und Bürgermeistern Streikbrecherorganisationen. In Grimmen selbst blühten sie ab. Sie dürften 40 Mann stark sein. Die Kadabteilung im Biered verband uns bei der Lohnbewegung in Posenwald das Spiel. Rechnen wir zu diesen 'Gebern' noch die 'blauen' Gewerkschaften und die 'hellen', so werden im Gau etwa 700 bis 800 Arbeiter heraufkommen.

Von 3984 beschäftigten Gesellen, zu denen 892 Lehrlinge kommen, wurden in 41 Lohngebieten mit 51 Zweigvereinen und 1025 Ortskassen an 820 Unternehmern Forderungen gestellt. Wegen ungenügender Verhältnisse gingen in 4 Bezirken 279 Kollegen ihre Forderung zurück. Eilt-schweigend bewilligten in 10 Lohngebieten die Unternehmer die Hauptforderungen für 748 Kollegen, womit sich diese aufreichten gaben. In 18 Bezirken mit 1890 Kollegen konnte die Forderung durch Verhandlung erledigt werden, doch mußte in 8 von den 18 Bezirken zum partiellen Streit gegriffen werden, um so eine allgemeine Anerkennung zu sichern. Zum Streit kam es in 9 Bezirken, in 3 Bezirken belagerten die Unternehmer das moderne Ausperrungsfieber. 4 Streiks endeten mit vollem, 7 mit teilweisem Erfolg und 1 Ausperrung ohne Erfolg für uns.

Das Endergebnis ist dies:

Table with 3 columns: Bezirk (District), Beschäftigte Maurer (Employed masons), Lohnverhöhung in Pfennigen (Wage increase in pennies).

Sierbei sind die Erhöhungen, die in einigen Bezirken mit sehr schwacher Organisation an einzelne Kollegen gewährt wurden, nicht mit erfasst. Um ein Kleines haben sich auch in solchen Bezirken die Verhältnisse nach oben verschoben. Lohnföhrungen sind in keinem Bezirk zu verzeichnen. Die tägliche Arbeitszeit konnte in 4 Bezirken für 254 Kollegen um eine Stunde, in 10 Bezirken für 1209 Kollegen um eine halbe Stunde verkürzt werden. Zur Abwehr von Verschleuderungen mußten 10 Bauplätze geführt werden, die bis auf 2 von Erfolg waren. Durch verordnete Verufe wurden unsere Kollegen in 3 Fällen in Mitleidenhaft gezogen. Stets wählten sie die Solidarität; mögen die übrigen Verufe auch so handeln. Zur Führung der Lohnkämpfe und Wappieren usw. waren rund 18 000 nötig, während zur Unterföhrung der in Mitleidenhaft gezogenen A 6000 aufgewendet wurden.

Somit hat das verfloßene Jahr eine weitere Verbesserung gebracht, aber dennoch ist ein großer Teil während der Wintermonate auf Weibernerwerb angewiesen. Man nimmt nun freilich die Handwerker ganz gern, besonders in den Fabriken, die als Nebenberuf der Landwirtschaft angesehen werden können. Bei offenem Wetter erhalten diese dann auf billige Art ihre Bauarbeit fertiggestellt. Leider konnte nicht in allen Fällen diesem Treiben erfolgreich entgegengetreten werden. Beim Nachsuchen um solche Nebenbeschäftigung werden dann den Oberförstern, Gutbesitzern und Fabrikdirektoren die Wären vom 'Lerovismus' aufgebunden. Das erzählten dann die Kollegen noch oben-dreien mit einem gewissen Behagen.

Die Unternehmerverbände haben eine weitere Ausdehnung nicht erfahren; noch vor sind im Gau 2 Städte und 9 Landkreise dem Arbeitgeberverband angegeschlossen. Im übrigen besorgen die Zünfte das Weitere. Vielfach sind die Vertrauensleute der Berufsvereinigungen Träger der Organisation. Eine neue Spielart bildete sich Ende 1906 für Stettin und den Kreis Randow. Sie soll aus 80 mit der Innung Stettin-Randow verärgerten Unternehmern bestehen. In welches Fachwasser diese letzten werden, ist noch nicht recht zu sehen. Im allgemeinen geigten sich die Unternehmer mehr als vor dem zum Verhandeln geneigt, aber einen wirklich verbindlichen Standpunkt nahmen nur sehr wenige ein. Die Mehrzahl wollte mit Fennigungsantrag Anrecht auf die Bezeichnung human und verständig erhalten. Weist, waren sie höchst entriittet, wenn ein solches Verhalten als Heuchelei bezeichnet wurde. Spezialität gewisser Herren ist es, für die Verträge Anhebungsparagrafen auszudehnen.

Zum Abschluss neuer Arbeitsverträge kam es in 16 Bezirken, so daß für 1906 für 27 Bezirke Arbeitsverträge bestehen; für 1905 waren solche in 19 Bezirken abgeschlossen. In einigen Verträgen ist eine längere als zehntägige Arbeitszeit vorgesehen, auch gelang es in keinem Falle, vertraglich festzulegen, daß die Lagerstätten 50 cm über dem Fußboden sein müssen. Die Bezahlung der Reisezeit als geleistete Arbeitszeit wurde in den meisten Verträgen anerkannt. Die Bestimmungen über sanitäre Einrichtungen erleiden meist dasselbe Schicksal wie die Unfallversicherungsparagrafen; sie stehen solange nur auf dem Papier, bis die Kollegen durch energische Selbsthilfe, Erziehung und Belehrung mit eingreifen.

Trotz der allgemeinen Verordnungen für die Regierbezirke, trotz der besonderen Vorschriften für einzelne Landkreise und Städte und trotz des vermehrten technisch gebildeten Aufsichtspersonals sehen wir keine Abnahme, sondern eine Zunahme der Unfälle. Im Bereich der Sektion III der 'Nordöstlichen' waren 1904 10 Todesfälle, 1905 dagegen 25 zu verzeichnen. Im Jahre 1904 ereigneten sich 1022 Unfälle, 1905: 1069. Entschädigt wurden 1904: 164, 1905: 177 Unfälle, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß 257 auf 1906 als unerledigt übernommen sind.

Zu bemerken ist diese Zunahme nicht, denn 1904 hatte die Kontrolle der Betriebsstätten noch den Reiz der Neuheit, es wurden 5717 Betriebsstätten zensuriert; 1905 begnügte man sich mit 4331, von denen man 2467 'in Ordnung' fand. Die Erhöhungen zur Unterföhrung der Petition für besseren Bauarbeiterlohn hatten 1906 vorübergehend eine leichte Besserung im Gehalt, aber nach

allen, was aus den Vereinen berichtet wird, so unvollständig, es auch ist, wird auch 1906 wieder jeder zehnte Mann verletzt sein. Selbsthilfe bleibt nach wie vor unser bestes Mittel im Kampfe für den Bauarbeiterlohn.

Der Gauvorstand hatte im Frühjahr einen Vertreter 31 Tage zur Agitation nach Hinterpommern und Brandenburg geschickt. Im Herbst veranlaßte der Hauptvorstand 36, der Gauvorstand 41 Versammlungen zu Agitationszwecken. Leider unterföhrten viele Zweigvereine diese Agitation in sehr mangelhafter Weise. Einige wollten die Agitation nicht, die an anderer Stelle angewandt, gewiß sehr lobenswert ist. Mehr als ein Drittel der Vereine hat unter 'Pflege der Geselligkeit' recht bedeutende Summen für überflüssige Dinge ausgegeben. Diese Vereine sollten sich doch bestimmen und mehr für die Agitation im Vereinsgebiet tun. An vielen Stellen ist kein Vorwärtsdrängen, sondern ein Stagnieren, die Regel. Schwer genug wird es uns zwar gemacht. Ohne Vertamungslust ist, sind 18 Vereine; diese erkranken in Privatwohnungen oder bei sonstigen Gelegenheiten ihre Angelegenheiten. 14 Vereine müßten in Gasthäusern, oftmals in festerlicher Enge, ihre Geschäfte abwickeln, während 50 Vereinen angemessene Räume zur Verfügung stehen, aber nur 28 davon können die Räume zu jedem Zweck haben.

Schließlich ist auch ohnedem ein Zusammenhalt möglich, wenn die Vorstandsmitglieder in regelmäßigen monatlichen Störungen alle Angelegenheiten durchberaten und einseitlich vorgehen. Es hat sich hierin vieles gebessert, und doch fehlt noch sehr viel, um es gut zu nennen.

In 7 Vereinen waren die Kassengehälter nicht ordentlich geführt, beginnend bei der Bezahlung. Die Revisoren tragen viel Schuld daran. Es ist fernerhin, was an Gleichgültigkeit und Vertrauensverlust geleistet wird. In solchen Fällen wäre es nur von Nutzen, wenn im Unvermögensfalle des Kassierers einmal die Revisoren mit herangezogen würden. Auf alle Fälle würde dann die Aufmerksamkeit reger werden.

Die Hausflasterung ist in 43 Vereinen eingeföhrt, 12 erlebigen die Beitragszahlung an Zahlhabenden, während die übrigen in Versammlungen oder in der Wohnung des Kassierers ihren Beitrag entrichten. Die Vereine mit Hausflasterung haben die wenigsten Rückstände. Die Verbreitung unseres Fachorgans legt manchen kleinen Vereinen mit meist ausgedehnten Landbezirken einige Opfer auf. Aus Sparfamkeit kommt häufig unregelmäßige Verbreitung vor. Die Beitragsleistung an die Gaukasse ist pünktlicher und reeller geworden, überhaupt ist alles in allem der innere Zusammenhalt etwas mehr gefestigt worden.

Die Behörden sind auch in diesem Jahre recht aufmerksam gewesen, und wo sie nicht scharf genug waren, halfen die Unternehmer - besonders in den Streitgebieten - durch fleißiges Denunzieren nach. In wenigen Fällen kam es zu Beurteilungen, meist Geldstrafen, weniger Freiheitsstrafen, doch gewann man auch hierbei den Eindruck, daß Klagen gegen Klasse urteilt. Die bespöddlichen Maßnahmen gegen Wirte, die uns ihre Lokale zur Verfügung stellen, sind schon zur Gewohnheit geworden.

In gewerblichen Streitigkeiten entscheiden 10 Gewerbegerichte, ein Innungsoberricht, sonst die Amtsgerichte. In Verdingungsstreitigkeiten sind für den Gau 6 Schiedsgerichte zuständig. Der Gauvorstand konnte in 6 Fällen, wovon jeder einer ohne Erfolg war, den Mitgliedern Rat erteilen bezw. sie an die rechte Stelle verweisen. Die Anwesenheit des Gauvorstandes bezw. eines Vertreters war in 406 Fällen nötig; wozu 387 Tage gebraucht wurden.

Abgehalten wurden 182 Versammlungen, 148 Sitzungen bezw. Besprechungen sowie 33 außerordentliche Revisionen. Außerdem wurde zu 43 Verhandlungen mit den Unternehmern, teils wegen Lohnbewegung, teils zur Schlichtung von Differenzen Vertreter des Gauvorstandes entsendet. Der Gauvorstand erledigte seine Geschäfte in 18 Sitzungen und 4 Revisionen bezw. Abrechnungen. Außerordentliche Revisionen nahmen die Revisoren nicht vor. An Postfachen liefen ein 688 Briefe, 316 Karten, 42 Telegramme, 160 Postanweisungen, 20 Pakete und 81 Druckfachen, insgesamt 1277 Stück. Verandt wurden 426 Briefe, 638 Karten, 58 Telegramme, 11 Postanweisungen, 7 Pakete und 602 Druckfachen, insgesamt 1642 Stück. Strafporto mußte in 4 Fällen entrichtet werden. Durch die Einrichtung eines Bureaus sowie durch besondere Aufwendungen für Agitation im Frühjahr und Herbst haben sich die Kassenverhältnisse gegen die des vorigen Jahres verschlechtert. In welchem Maße, zeigt die Abrechnung der Gaukasse:

Table with 2 columns: Item and Amount. Summary of 'Einnahme' and 'Ausgabe' for the Gau.

Table with 2 columns: Item and Amount. Details of 'Gehalt' (Salaries) and 'Entgangener Arbeitsverdienst' (Lost wages).

Table with 2 columns: Item and Amount. Summary of 'Einnahme' and 'Ausgabe' for the Gau.

Sterben der Dank belegt M. 1500. R. Petersdorf, Kassierer. Neutoren: Otto Häbner, Stettin, Aug. Maßke, Stettin, G. Matz, Alt-Damm. Der Gauvorstand. J. A. W. Schauer, Vorsitzender.

Gau Stuttgart.

Der Geschäftsgang des Jahres 1906 war im gesamten Gaugebiet gut. Namentlich im zweiten Quartal waren Maurer und Gipser sehr gesucht. Die Lohnbewegungen war es für uns eine Freude, zu sehen, wie sich die Unternehmer förmlich um die Streitenden eiferten, obwohl der Arbeitgeberbund nicht müde wurde, durch schwarze Listen und durch besondere Kontrolle zu verhindern, daß die Streitenden andere Arbeit fanden. Wenige Tage nach Ausbruch eines Kampfes waren meistens alle Streitenden untergebracht, die nur zur Abreise zu bewegen waren oder die nicht notwendig zur Durchführung des Streiks am Orte verbleiben mußten. Unter diesen günstigen Umständen ist es selbstverständlich, daß wir keinen Grund hatten, uns bei Kämpfen zu fürchten. Im Gegenteil, es wurden zahlreiche lustige Gespräche mit den Unternehmern geführt, wie folgende Tabelle veranschaulicht:

Lohnbewegungen.

Table with columns: Lohnbezirk, Zahl der beschäftigten Gevielen, Lohnsteigerung (pro Kopf pro Tag, pro Kopf pro Woche), Betrag der Lohnsteigerung pro Kopf pro Tag, Betrag der Lohnsteigerung pro Kopf pro Woche.

Anmerkung: M = Maurer, G = Gipser, P = Plattenleger.

Wie diese Statistik zeigt, wurde in 24 Orten etwas erreicht, und zwar in neun Orten eine Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde pro Tag und in 24 Orten eine Lohnerhöhung, die sich zwischen 2 und 13 % pro Stunde bewegt. In drei Orten wurde nichts erreicht; in Hemmingen und Schramberg fühlten sich die Kollegen zu langsam, die abgelehnten Forderungen durchzusetzen, und in Ulm ging der Kampf infolge der Verteilung einer ganzen Reihe unglücklicher Umstände verloren. Die Unternehmer waren zwar zuletzt bereit, mit uns einen Vertrag abzuschließen, wir haben es jedoch vorgezogen, darauf zu verzichten, angesichts der vielen Fußgänger- und Zuchtbauparagrafen, die aus dem Unternehmerverbot hervorgehen.

Der gesamte Mehrwert beträgt pro Jahr, zu 230 Tagen gerechnet, beträgt infolge der diesjährigen Lohnbewegungen M 257.140,10, das macht auf den Kopf aller an den Bewegungen Beteiligten M 100,87. Dazu kommt noch für sämtliche in Stuttgart, Feuerbach und Heilbronn beschäftigte Maurer eine betragsmäßige Lohnerhöhung von 2 1/2 % pro Stunde, die am 1. Januar 1906 in Kraft trat.

Die Bewegungen führten in 14 Fällen zu direkten Tarifabschlüssen, was fast in jedem Gau mit den seitherigen Verträgen von Heilbronn und Stuttgart deren 10 zu verzeichnen sind. Eine etwas nähere Einsicht in die Form und den Inhalt dieser Verträge gewinnt man durch folgende Tabelle:

Tarifverträge im Gau Stuttgart.

Table with columns: Ort, Arbeitszeit, Stundenlohn, Für wen?, Gültig bis, Abkündigung.

Anmerkung: M = Maurer, G = Gipser, P = Plattenleger.

Die mit bedeutend verstärkten Kräften betriebene Agitation hat uns in Verbindung mit den Lohnbewegungen eine erfreuliche Mitgliederzunahme gebracht. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des dritten Quartals 1906 laut vorjährigem Gaubericht 2662 und am Schlusse des gleichen Quartals des Berichtsjahres 4495, sie hat sich mithin in diesem Jahre um 1833 erhöht. Die Vermehrung kleiner, nicht allein lebensfähiger Zweigvereine mit größeren, hat sich bewährt, und würde nach der Ansicht der ge-

samten Bauvorstandsmitglieder auch fernerhin empfehlenswert sein. Diese Frage wird Gegenstand der Beratung auf einer demnächst stattfindenden außerordentlichen Konferenz sein. Es sind heute 17 Zweigvereine vorhanden, auf die sich die Mitglieder in folgender Weise verteilen:

Uebersicht über die Mitgliederbewegung.

Table showing membership movement for various Zweigvereine from 1905 to 1906, categorized by quarter.

Die Mitglieder dieser 17 Zweigvereine wohnen aber nicht etwa am Sitz der Zweigvereine, sondern verteilen sich auf Hunderte von Ortschaften. Nach den Quartalsberichten werden mit der Eingehung der Beiträge 190 Hülfslister in 168 Orten beschäftigt. Es sei hier bemerkt, daß der Gau Stuttgart jetzt 2300 Gemeinden umfaßt, die fast alle eine mehr oder weniger größere Anzahl Bauhandwerker beherbergen, die eben auch mit organisiert werden müssen, wenn wir eine festgeschlossene Masse bilden wollen.

In anderen Organisationen unserer Branche kommen neben einzelnen Frisch-Dunderischen nur die „Christlichen“ in Frage, und auch diese nur in sehr minimaler Weise.

Der Zentralverband „christlicher“ Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter hatte im Bereich unseres Gaues noch seinem Geschäftsbericht am 1. Juli 1906 ganze sieben Verwaltungstellen, und zwar in:

Frödrichshafen mit 13 Mitgliedern

Table listing members of the Central Association in various locations: Frödrichshafen, Göttingen, Konstanz, Stuttgart, Ulm, Balingen, Weingarten.

Der Markenverbrauch beträgt pro Kopf der Mitglieder 36,3 und kann als befriedigend angesehen werden. Die Vorstände achten mehr als früher darauf, nur solche Mitglieder in den Vereinen mitzuführen, die auch ihrer Beitragspflicht genügen. Dazu kommt, daß sich die Kollegen durch die gegenseitige Kontrolle auf den Waupläzen und wo sich sonst Gelegenheit dazu bietet, allmählich an eine dauernde Mitgliedschaft gewöhnen. Auch unsere Unterstufungsorganisationen, die nur auf dauernde Mitgliedschaften aufgebaut sind, dürften wesentlich mit dazu beigetragen haben, daß wir einen bedeutend stabileren Mitgliederbestand als früher haben. In einzelnen gestaltet sich der Markenumsatz wie folgt:

Markenumsatz.

Table showing brand sales for various Zweigvereine in 1904/05 and 1905/1906.

Summa: 12750,8; 22226,6; 130531; 23068,1; 108913; 28504,3; 74154; 12783

Was die statutenmäßig an die Gausaffe abzuliefernden Beiträge, 20 % pro Mitglied und Jahr, anbelangt, so kann gesagt werden, daß man sich im allgemeinen auch an diese Bestimmung genötigt hat. Geweigert, diese Beiträge zu bezahlen, hat sich nur der Zweigverein Altenberg. Dieser Zweigverein, der sich allerdings nur hinter dem Rücken des Bauvorstandes aus Mitgliedern des Zweigvereins Heidenheim statutenwidrigerweise bildete, hat auch der einzige im Gau, der seinen Forderungstag erhebt, während alle anderen 6 bis 10 % erheben, in der Altenberg wird noch ein erstes Wort zu reden sein. Die diesbezüglichen Einzelheiten gehen aus folgender Darstellung an Merkmalsstellen. Mit dem Gauverein Tabelle deutlich hervor:

Uebersicht über die Höhe des Verbands- und Lokalbeitrages, den Bestand der einzelnen Lokalfassen sowie über die an die Gausaffe geleisteten Beiträge der Zweigvereine.

Table showing association and local contributions, and membership status for various Zweigvereine in Oct 1905 and Oct 1906.

Summa: 2510,68; 5350,45; 388,80; 537,15

In bezug auf den Bauarbeiterlohn hat sich im verfloßenen Jahre nicht viel geändert; nur in Stuttgart hat sich noch deutlicher als in früheren Jahren gezeigt, daß es notwendig ist, den städtischen Baukontrolleuren mehr Machtbefugnis, das heißt Strafvermögen und Befugnis zur sofortigen Arbeitseinstellung bei Verweigerung der Ausführung der von den Baukontrolleuren getroffenen Anordnungen, zu übertragen. Bei dem jetzigen langsamen Gang durch die behördlichen Instanzen gelingt es widerspenstigen Unternehmern, die Erfüllung der getroffenen Anordnungen solange hinauszuzögern, bis sich der Bau schon in einem ganz anderen Zustand befindet und somit die gemachten Nützen gegenstandslos geworden sind.

Gemäß der umfangreicheren Agitation und der ziemlich großen Streikbewegungen, die eine Heranziehung mehrerer Kollegen zur unabwendbaren Notwendigkeit machte, haben sich auch die Ausgaben der Gausaffe steigert. Es darf aber gesagt werden, daß das Geld gut verwendet worden ist und reichliche Zinsen tragen wird. Die größere Sorgfalt, mit der alle Organisationsarbeiten erledigt werden konnten, namentlich auch die erfreuliche Steigerung unserer Mitgliederzahl, sind als die Früchte der vermehrten Agitation zu betrachten.

Die Einnahmen und Ausgaben sind ersichtlich aus folgender Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der Gausaffe für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1906.

Einnahme.

Table showing income from contributions, dues, and other sources.

Ausgabe.

Table showing expenses for administrative costs, dues, and other items.

Abschluß.

Table showing final income and expenses.

Die Korrespondenz des Bauvorstandes belief sich im Berichtsjahre auf 606 Eingänge und 1243 Ausgänge.

Die Aussichten im neuen Jahre sind nach jeder Richtung hin gut, sowohl in bezug auf Arbeitslosigkeit als auch in bezug auf die Gewinnung neuer Mitglieder. Wohl werden die Unternehmer uns matt zu setzen versuchen; wohl wird es manchen schwereren operativen Kampf geben, aber wir werden, wenn jeder einzelne seine Pflicht und Schuldigkeit erfüllt, auch über die schwierigsten Verhältnisse hinwegkommen und am Schlusse des Jahres 1907 auf Erfolge nach allen Seiten hin zurückblicken können.

D. Stolle, Bauvorstand.

Berichtsjahrs. Im Jahresbericht des Gaues Stuttgart ist ein Druckfehler enthalten, den wir hiermit richtig stellen. In den Bemerkungen zur Abrechnung heißt es: „Der Posten von M. 297,20 konnte als Ausgabe der Gausaffe nicht geltend gemacht werden.“

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbefehle und sonstige Vorkommnisse werden man sofort an die Redaktion des Hauptorgans, nur kurze Mitteilungen können nach Dienstags Morgens für die nächste Nummer bearbeitet werden.

Angereicherter Kassenre.

Der Maurer-Fritz Low, der als Entlassener im Zweigverein Augsburg M. 84 unterlag, wurde vom dortigen Amtsgerichte zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

Berger a. Nügen. Am 3. Februar hielt der hiesige Zweigverein eine Generalversammlung ab. Kollege Geinrich erinnerte die Versammlung an die früher gefassten Beschlüsse. Ein Beschluss von 1904 lautet: „Der dreimal gegen den Tarif verhängt, kann ausgeschlossen werden.“ Weil sich nun viele Kollegen gegen unseren Lokaltarif verständigen und sich immer auf diesen Beschluss stützen, beschloß die Versammlung, diesen Beschluss aufzuheben. Dann wurde beschlossen, daß in Alford nicht gearbeitet werden darf. Ueberstunden dürfen nur dann gemacht werden, wenn Menschenleben in Gefahr sind oder der öffentliche Verkehr gehemmt ist. Ueber den Bauunternehmer Wallmann in Sellin wurde die Sperre verhängt, weil er fortwährend Kollegen durch große Kellame anlost, aber sie nicht einstellt, wenn sich solche einstellen. Unser Bibliothekar, Kollege Thees, rügte, daß die Bibliothek so wenig in Anspruch genommen würde. Die Bibliothek besteht in diesem Jahre aus folgenden Büchern: Organisation der Maurer, Deutschlands 10, Das Maurergewerbe in der Statistik 13, Protokoll der Verhandlung des Bauarbeiterkongresses 11, Protokoll über die Verhandlung des 7. Verbandstages 7, Lohnlauf 2.

Berlin. Die Sektion der Püger hielt am 3. Februar ihre Mitgliederversammlung ab, in der zunächst der Kassierer Kripin die Abrechnung vom vierten Quartal bekannt gab. Die Zweigvereinskasse schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von M. 20125,50 ab. Die Kassa hatte inklusive M. 90343,03 alten Bestand vom dritten Quartal eine Einnahme von M. 101574,08. Die Ausgabe betrug M. 9286,71, so daß ein Bestand von M. 92287,32 bleibt. Die Jahresabrechnung ergab folgendes: a) Einnahmen: 71 Eintrittsmarken à 50 M. M. 35,50, 86 Eintrittsmarken à 150 M. M. 129, 17 Eintrittsmarken à 200 M. M. 34, 126913 Beitragsmarken à 75 M. M. 95184,75, 2502 Zuschlagsmarken à 50 M. M. 1251, 2819 Arbeitslosenmarken à 25 M. M. 704,75, 688 Ehrenmitgliedermarken à 50 M. M. 294,50, 27 Erntegelder à 25 M. M. 6,75, 20899 Unterhaltungslohnmarken à 25 M. M. 5224,75, Zinsen von der Deutschen Bank und „Vorwärts“ M. 1939,35, Ueberläuf von Westfalen M. 833,80, aus der Reichsjustizloge Bogt durch Rechtsanwalt Utsch zurück M. 8,15, Profidüre der deutschen Maurervereinigung M. —, 50, Feuerberühmungsprämie durch Köber zurück M. 4, Zeugnisebühr durch „Rein“ M. 3, Summe der Retenueinnahme M. 105170,80, dazu Bestand vom Jahre 1905 M. 77478,38, Gesamtsumme M. 182647,18; b) Ausgaben: An den Zweigvereinskassierer Warberg abgeliefert M. 56968,07, Eiderunterstützung (51 Fälle) M. 3860, 26 Rechtschutzgelder und eine Inhaftationsunterstützung M. 892,79, Vereinerung des „Grundstein“ M. 3013,09, Inzerate im „Vorwärts“ M. 574,55, Eiderunterstützung anderer Gewerbe (Buchbinder und Sirographen) M. 2000, Baubücher und Gebirgsregelnunterstützung M. 784,40, Lohnminderungsbeitrag des Vorliegenden und Kassierers M. 4784, Entschädigungen an die Obmannen und Vorwärt, Vorstands- und sonstige Sektionen M. 532,81, Neuankomst des Gesangvereins, Bundesbeitrag und Noten M. 271,30, Porto und Briefgeld M. 132,45, Schreibmaterialien M. 91,50, Druckkosten M. 168,60, Bauteilkontrolle, Bauteilnahme einschließlich Fahrgebl M. 3063,10, Bureaukosten, Einrichtung, Heizung, Beleuchtung und Utenilien M. 1708,93, Unterstützung erkrankter Kollegen (örtliche Mittel) M. 4758,55, 15 Kranzspenden für verlebte Mitglieder M. 120, Auktion und Vorträge M. 44,75, Invaliddarstellungen und Kranzspendenbeiträge M. 70,38, Feuerberühmungsbeiträge M. 20,50, Telefonanschlußgebühren M. 19, Prozenz an die Zweigvereine und Einziehung der Beiträge M. 2169,61, Zuschuß zum Charlottenburger Gewerkschaftshaus M. 60, zweiter Anteil zum Berliner Gewerkschaftshaus M. 4500, Abnommer der „Einigkeit“ und Einband des „Grundstein“ M. 10,83, Defizit zum Sitzungsfest M. 17,75, Mantel des Kassierers M. 60, sonstige Ausgaben (Neujahrsgratifikation) M. 4, Anteil bei der Charlottenburger Gewerkschaftswahl M. 24, Summe M. 90359,86; c) Bilanz: Einnahme M. 182647,18, Ausgabe M. 90359,86, Bestand M. 92287,32, zwei Anteile am Berliner Gewerkschaftshaus M. 5000. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1905 2470 und am Schlusse des Jahres 1906 2807, somit ist eine Mitgliederzunahme von 137 zu verzeichnen. Auf Antrag der Revisoren, die Bücher, Belege und Kassenbestand in bester Ordnung befunden hatten, wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Die hierauf folgende Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Bei der Wahl eines ersten Bevollmächtigten wurde sein definitives Resultat erzielt, so daß Einmahl zwischen Ernst Schulze und Franz Schulz stattfinden muß; als erster Kassierer wurde Karl Rehnig gewählt. Es wurde dann noch ein Antrag des Vorstandes, Alb. Kaiser, der als Rentier fortgesetzt zehn Stunden pro Tag arbeitet und sich trotz Warnung des Vorstandes, weigert, dieses zu unterlassen, aus dem Verband auszuschließen, einstimmig angenommen.

Bodum. (Jahresbericht.) Die Bautätigkeit war im verfloffenen Jahre bis zur Mitte des dritten Quartals ziemlich lebhaft. Im Stadtgebiet wurden hauptsächlich Spekulationsbauten ausgeführt. Als jedoch der Zinsfuß für Baugelder gewaltig stieg, ließ auch die Bautätigkeit nach. Auch in diesem Jahre wird sie sich auf gleicher Höhe halten. An Wohnungen, und besonders an kleinen, ist aber Mangel als Ueberflus vorhanden. Durch die anhaltende günstige Konjunktur in der Montanindustrie wurde die Bautätigkeit wesentlich beeinflusst. Die bestehenden Werke wurden erweitert. Das Westfälische Stahlwerk allein, beschaffte das ganze Jahr hindurch annähernd 100 Maurer. Durch Vereinbarung wurde dort im Frühjahr der Lohn auf 50 Z gebracht. Zudem wurde ein Tagelohn von M. 4 bis M. 4,20 gezahlt. Beim Abschluß dieser Vereinbarung hatten die Kollegen die Organisationsleistung leider nicht zu Rate gezogen. Das Werk sollte sich Italiener heranzuregulieren, allmählich den Lohn auf 45 Z heranzulassen. Jetzt ist das Werk gesperrt, um erfolglose Maßnahmen abzumachen und die Anerkennung des mit dem Arbeitgeberbunde abgeschlossenen Vertrages zu erzwingen. Auch auf dem „Bodumer Verein“ haben wir Einfluß genommen und zu geeigneter Zeit werden auch dort Verbesserungen durchgeführt werden. Der Bodumer Verein ist jenseitig befristet, seine Arbeiter oder „Hebern“ zu schätzen. Bei der Arbeitsaufnahme heißt es: „Sind Sie organisiert, so können wir Sie nicht gebrauchen.“ Es ist auch ganz gleich, ob christlich oder im Zentralverband. Und doch sind in die Werke der Waare und Konferten unsere Mitglieder in beträchtlicher Anzahl eingegangen. Unsere Brüder in Christo, die sich oft so radikal gebenden, gehen bei Gewerkschafts-

und Stodverordnungen mit dem Bodumer Verein Arm in Arm gegen die Sozialdemokratie. Es werden sie, ebenso wie wir, von der Arbeit auf dem Werke ferngehalten und dann werden sie zu „Stiefelputzern“ des Großkapitals. Sie haben so am besten der Arbeiterschaft ihren wahren Charakter gezeigt. — Eine beträchtliche Anzahl Kollegen aus Streikorten konnten im Laufe des Sommers im Bezirk untergebracht werden. Wohl sind hier und da wieder einige Kollegen entlassen worden, doch im allgemeinen haben sich die Unternehmer wenig nach den schwarzen Listen gewichtet. Den Streikenden aus Nürnberg können wir allerdings kein gutes Zeugnis ausstellen. Trotzdem ihnen Arbeit nachgewiesen wurde, konnten sie an der hier üblichen Arbeitsmethode keinen Gefallen finden und reisten vielfach, ohne die Arbeit angenommen zu haben, wieder nach Nürnberg zurück. Und dann wollen sie noch einen Streik gewinnen! Am 1. April trat im ganzen Bezirk, mit Ausnahme von Gattlingen, die vertragsmäßige Lohnschöpfung in Kraft. Mit wenigen Ausnahmen ging hierbei alles glatt von hatten. Einige nicht organisierte Unternehmer wurden durch das Gewerbegericht zur Anerkennung gezwungen. Durch die Steigerung aller Lebensmittelpreise und der Wohnungsmieten ist diese Lohnschöpfung schon längst wieder abgehoben. Wohl steigt der Lohn am 1. April für das Großstadgebiet auf 55 Z und für Langenreuer auf 52 Z, aber alle übrigen Orte, mit Ausnahme von Gattlingen, sind davon ausgeschlossen. Bis zum Jahre 1908 läuft der Vertrag, vorausgesetzt, daß er nicht davor von den Unternehmern getroffen wird; es ist also nicht möglich, die günstige Konjunktur auszunützen. Wollen wir uns dann bei Ablauf des Vertrages nicht mit Betteleien abgeben lassen, so soll von den Unternehmern ein Gewaltstreik inangewandt werden. Ueber die sonstigen Bestimmungen des Vertrages wollen wir hinteregehen. Die Schlichtungskommissionen — in Kollegenkreisen nennt man sie „Beschäftigungskommissionen“ — funktionieren recht schnell, wenn die Unternehmer daran interessiert sind, andernfalls bedarf es einiger Zeit, ehe dieser schwerfällige Apparat in Tätigkeit tritt. In der Friesenlocherange, in der ja dieses die Einrichtung der Abschluß des Vertrages getroffen wurde, wird der Vertrag nicht innewgehalten; auch besitzt der Obmann und sein Stellvertreter, trotz Ermahnung des Einigungsamtes, keine Sitzung ein. Jetzt sind sie nach fast zwei Monaten vom Einigungsamt als vogelfrei erklärt worden. Das sind die Herrlichkeiten des Vertrages, der den Unternehmern um mercklichen Vorteile bringt. Am 19. Juni traten die Kollegen von Gattlingen, in den Streit ein. Nach 14tägiger Dauer wurde auch dort auf Antrag der Arbeitgeber der Vertrag für das rheinisch-westfälische Industriegebiet angenommen. Der Lohn stieg von 48 auf 54 Z, die Arbeitszeit wurde von elf auf zehn Stunden vermindert. — Im Berichtsjahre wurden im Zweigvereinsgebiet 123 Mitglieder und 16 öffentliche Versammlungen abgehalten. Aufgenommen wurden 843 Kollegen, davon zählten 37 ein Eintrittsgeld von M. 1,50. Die Mitgliederzahl ist ganz bedeutend gestiegen. Sie betrug am 1. April 796, am 1. Juni 1035, am 1. Oktober 1050 und am 1. Januar 895, im Durchschnitt also 919. Jüngerer sind angemeldet sind 1184, abgemeldet 950, ausgetreten 16, ausgeschlossen acht, gestorben sechs, und wegen rückständiger Beiträge gestrichen 52 Kollegen. Für die Hauptkasse wurden M. 20685,75 vereinnahmt. Die Einnahme der Restkasse betrug M. 9797,65, die Ausgabe M. 7322,38, der Kassenbestand demnach M. 2475,37. Es wurden 36 896 Beitragsmarken — 14 167 mehr gegen 1905 — im Berichtsjahre umgelegt. Es entfallen im Durchschnitt auf das Mitglied 40 Marken. Der Zweigverein ist dem Kartell sowie auch dem Sekretariat angeschlossen. Das Kartell verfügt über eine reichhaltige Bibliothek. Jeder Mitglied konstatiert werden, daß die Maurer recht wenig davon Gebrauch gemacht haben. Auf dem Gebiet des Bauarbeiter-schutzes ist es noch immer recht mangelhaft bestellt. Für das Großstadgebiet ist auf Veranlassung der Bauarbeiter-schuttskommission eine neue Verordnung erlassen worden, die die Abkündigung der Baustellen vorsieht. Dagegen ist in den kleineren Orten bis jetzt noch gar nichts geschehen. Wohl hat die Behörde Zeit, um die Abkündigung von Versammlungen unmöglich zu machen, aber von einer Kontrolle der Bauten ist bisher recht wenig bemerkt worden. Unsere fernere Aufgabe muß es sein, unsere Organisation nach innen und außen zu stärken, dann können wir im Jahre 1908 den Kampf mit den Unternehmern aufnehmen. Deshalb auf, Kollegen, tue jeder seine Pflicht!

Ein. Sonntag, den 27. Januar, hielt die Sektion der Püger und Püger ihre Generalversammlung ab, die den Zeitverhältnissen gemäß gut besucht war. Nachdem die beiden Zweigvereinsbeamten durch Urabstimmung gewählt waren, erstattete der Kollege Math. Mann den Jahresbericht. Gleich nach dem Tarifabschluß mußten mehrere Paarsperren über eine Anzahl Schwabmischer verhängt werden, die auch zum größten Teil von Erfolg getrübt waren; seine wäre verloren gegangen, wenn alle Kollegen organisiert gewesen wären. Deshalb habe man beschlossen, einen Vertrauensmann für die Sektion anzustellen, der sich auch in der Zeit bei der Anstellung vom 15. Oktober bis jetzt bemüht hätte. Wenn auch nicht alle Wünsche gleich befriedigt werden konnten, so sei doch ein reiches Vorwärtsschreiten der Organisation eingetreten. Es wurden bis zum Jahresabschluß 54 Kollegen aufgenommen, so daß die Mitgliederzahl 417 betrug, gegen 328 im verfloffenen Jahre. Nachdem der Vorsitzende die Mahnung an die Kollegen gerichtet hatte, besser als bisher zusammen zu halten, erstattete Kollege Berner den Kassenbericht vom vierten Quartal. Am Schlusse des Jahres war ein Kassenbestand von M. 107125 vorhanden. Nachdem dem Neujahrsfesttagsfonds M. 50 überreicht worden waren, wurde der Kollege Thees, als erster Vorstandsmitglied und Kollege Heinrich Berner als Vertrauensmann und Kassierer gewählt. Mit dem Wunsche, alles daran zu setzen, daß am Schlusse des Jahres kein einziger mehr unter den Göttern verpöbten sich befände, der nicht von dem Organisationsgedanken durchdrungen sei, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Forchheim. Sonntag, den 3. Februar, tagte eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Engelhardt aus Nürnberg über das Thema: „Warum organisieren wir uns?“ referierte. Kollege Ziegler gab seiner Freude über den zahlreichen Besuch

Ausdruck. Es zeigte dies, daß die Forchheimer Kollegen nicht mehr länger gewillt seien, sich vom Unternehmertum an Schmelzöfen herumführen zu lassen. Alle Kollegen gebeten, sich unserer Organisation an, mit Ausnahme von vier Mann, die von uns ausgeschlossen worden, sind und der christlichen Gewerkschaft angehören. Sie werden an unseren Vorwärtsträngen nicht das mindeste ändern. Kollege Engelhardt schloß es als eine erhellende Tatsache, daß die Forchheimer Kollegen endlich einmal aufgeschaut sind, nach. Ueber die Forchheimer Kollegen endlich die Versammlung zu lösen. Der Referent führte den Anwesenden vor Augen, daß unsere Politik die Hauptstütze darauf trage, wenn dem Volke die notwendigen Lebensmittel bereitert werden, daß aber auch unsere uralten Kolonial- und Flottenpolitik dem Volke immer wieder neue Steuern aufbürdet. Weiter führte Referent aus, daß es den Arbeitern in den jetzigen Zeitverhältnissen kaum mehr möglich sei, Fleisch kaufen zu können. Auch alle anderen Lebensmittel seien rapid in die Höhe gegangen. Dagegen sieht der Lohn des Arbeiters in seinem Verhältnis. Daraus hätten die Forchheimer Kollegen alle Ursache, sich zu organisieren. Wenn sich die Kollegen dort anwerben, daß sich der Unternehmer in jeder Zeit dem nordbayerischen Starkmacherverbände anschließen haben, so müsse es ihnen ein Hauptzweck sein, daß jeder gern einen Stundenlohn wöchentlich dem Verbande opfert. Die jeder seine Schuldigkeit, so würden wir in absehbarer Zeit den Unternehmern eine Lohnforderung unterbreiten können, um wenigstens einen Ausgleich zwischen der bestehenden Lebensmittelpreise zu schaffen. Dieser Beschluß wurde dem Referent mit großer Zustimmung angenommen. Hierfür forderte Kollege Ziegler die Anwesenden auf, sich an der Diskussion zu beteiligen, was aber für nicht nötig erachtet wurde. Auch ein Antrag wurde aufgestellt, sich unserem Referenten gegenüberzustellen, der es aber vorzog, mit geballten Fäusten in den Hohlhänden zu verharren. Man erhielt hieraus, mit welchen Mitteln die Hundstoll Christlichen arbeiten. Sind sie unter sich, dann hegen sie die Freiheit, unseren führenden Kollegen aberhalb Schlichtungskommissionen vorzuerufen und ihnen recht schäbne Kassenamen anzuhängen. Die Kollegen Schner und Ziegler forderten die Kollegen auf, mehr Drang nach Wissen zu hegen und den „Grundstein“ mit Aufmerksamkeit durazulesen.

Hannover. Der Zweigverein hielt am 5. Februar seine Jahresgeneralversammlung ab. Die Jahresabrechnung lag den Mitgliedern gedruckt vor. Der Vorsitzende wies auf den Bericht vom 23. August 1906 hin, wonach in jeder Generalversammlung bekannt gemacht werden muß, daß Ueberstunden verboten sind. Laut Quartalsabrechnung ist ein Kassaistenbestand von M. 13595,09, inkl. Neujahrsbonus in Höhe von M. 6557,36, vorhanden. Revisor Schilling beantragte, den Kassierer zu entlassen, was einstimmig geschah. Dem Jahresbericht des Vorstehenden ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl, da naturgemäß viele Kollegen im Winter abreisen, 2186 betrug. Versammlungen haben 90 stattgefunden, davon 25 in der Stadt Hannover. Konferenzen fanden vier statt, Sitzungen 41. Neu aufgenommen worden sind 496 Mitglieder. In dem Jahresbericht sind auch die Arbeitszeiteinstellungen, deren Ursachen und Ergebnisse erzählt. Krankentürrücklagen waren 5703 vermehrt. Eine längere Debatte entpinn sich bei dem Antrag des Vorstandes, die fremdsprachigen Kollegen von unseren Versammlungen auszuschließen. Der Antrag wurde damit begründet, daß sie in voriger Versammlung durch ihre Betragen beinahe eine Versammlungslösung herbeigeführt hätten. Auch sei ihr Verhalten bei dem Neujahrsfestausgaben im Vert. protokolle aufschäufte zu verurteilen. Ebenso hätten es zwei dieser Leute nicht unter ihrer Würde gehalten, des Nachts unseren Vorstehenden zu überfallen und zu mißhandeln. Der Antrag des Vorstandes wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Bei der nun erfolgten Vorstandswahl wurde das Geschick des ersten Vorstehenden auf M. 2040 befallen und Kollege Meißner als solcher wiedergewählt, desgleichen Albert Windahl als zweiter Vorsteher. Zum ersten Kassierer wurde Kaufmann gewählt, seine Entschädigung wurde auf M. 200 erhöht; er muß aber dafür alle Monate mit den Kassierern vom Lande abrechnen. Dazu wird noch ein bestimmter Sonntag im Monat festgelegt werden. Nach dem Vorstandswahl wurde der von den Meißnern gewünschte neue Tarifvertrag verlesen. Er fand aber sehr wenig Gegenliebe und rief einen solchen Unwillen hervor, daß die Versammlung beschloß, darüber zur Tagesordnung überzugehen. Von den Forderungen wird kein Satz abgelesen. Gemüht wurde, daß die Kartellkollegierten einen Jahresbericht geben. Da oder die Delegierten erst ein halbes Jahr im Amt sind, so wurde das Verlangen bis zum Juli zurückgestellt, zu welchem Zeitpunkt auch die Neuwahl der Kartelldelegierten erfolgen soll. Es wurden jedoch Beschlüsse über die Innungs-Instanzentasse, namentlich gegen Herrn Dr. Balkauf, gefaßt. Der Vorsitzende ersucht, um etwaige Mängel oder Beschwerden mitzuteilen, er würde diese als Vertreter in der Innungssache beordern und auf Mithilfe bringen. Weiter machte er noch darauf aufmerksam, daß die Friesenlocher ungenügende Organisation mit der Friesenlocher Vereinigung einen neuen Tarif ausgehandelt haben. Wer nun gewillt sei, sich diesen Spezialfrage zu widmen, möge sich erst im Bureau Auskunft über Lohn- und sonstige Bedingungen holen.

Kempten. Am 27. Januar tagte im Lokal „Gasthaus „Sonne“ die diesjährige Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins. Der Besuch ließ in Anbetracht der widrigen Tagesordnung zu wünschen übrig. Vom Vorstehenden wurde folgender Jahresbericht erstattet: Das Jahr 1906 war für die Maurer Kemptens in organisatorischer Beziehung ein gutes; zu Anfang des Jahres zählte der Zweigverein 67 Mitglieder, die sich durch Neuaufnahmen und Uebertritt aus anderen Organisationen allmählich auf 150 steigerten. Ausgeschlossen aus dem Verband sind vier Kollegen. Gleich zu Anfang des Jahres ließ sich der neu gewählte Kassierer Ott aus persönlichen Gründen verabschieden, seinen Posten niederzulegen; an seine Stelle wurde Kollege Vogel gewählt. Die Vereinsgeschäfte wurden in 23 Mitgliedern, zwei öffentlichen, einer außerordentlichen und einer Generalversammlung, und ferner in 23 ordentlichen, zwei außerordentlichen und fünf kombinierten Sitzungen erledigt. Zu der am 16. März in München tagenden Baukonferenz wurden der Vorsitzende Striegl und der italie-

nische Vertretersmannschaft delegiert. Vor Schluss des ersten Jahrestages befaßte sich der Ausschuss mit Einführung der Beitragsminderungsfrage, die vorher vom Zentralratgeber des Gewerkschaftsbundes berührt wurde; die Versammlung am 17. Juni beschloß, diese Angelegenheit selbst zu besorgen. Trotz des großen Bedarfs der Arbeiter an zeitiger Übernehmung der Kassenarbeiten erfolgte. Genaue Besichtigungen der Vorstände der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter mit der Abhaltung von kombinierten Sitzungen, um bessere Führung in der Agitation zu erzielen. Der Hauptzweck soll aber sein, durch intensives Zusammenarbeiten die Anstellung eines vom Stadtmagistrat bestellten Gerüstkontrollers aus dem Arbeiterstande zu erzielen. Dieser Korporation schlossen sich alsdann die Töpfer, Spengler und Maler an. Am 16. September fand eine von dieser Kommission einberufene Bauarbeiterversammlung in der Gewerkschaft statt, in der der bisherige Gerüstkontrollier über die Unfallgefahren im Baugewerbe und deren mögliche Beseitigung durch Anstellung eines Gerüstkontrollers aus Arbeiterkreisen referierte. Es wurde beschlossen, eine der Sache dienende Petition an den Magistrat zu senden. Dieser Beschluß wurde am 25. Oktober ausgeführt. Am 14. Dezember wurde die Petition abschließend besprochen. Von einer Spontandemonstration wurde dieses Jahr aus verschiedenen Gründen Abstand genommen. Zunächst bedurfte die Organisation des Ausbaues, und dann ist auch die Baukonjunktur nicht genügend rückhaltig. Was das Referentenwesen betrifft, so sind uns drei vom Gewerkschaftsbund und zwei von der Gauleitung in Mitgliederversammlungen außerordentlich zu gute gekommen. Die Jahresrechnung zeigt infolge des Mitgliederwachstums wohl ein etwas günstigeres Resultat, sie wird jedoch durch einige Mehrausgaben, z. B. Sitzungsgelder à 50 s pro Sitzung, Entschädigung für Vorträge usw., wieder ausgeglichen. Sehr vernachlässigt wurde das Wandbegleitertum. Es wäre zu wünschen, daß gerade von diesem agitatorischen Mittel mehr Gebrauch gemacht würde. Wir appellieren deshalb an die Kollegen, dem Vorstand in dieser Hinsicht mit Mut und Tat zur Seite zu stehen. Sehr dringend ist die Einziehung eines Spontandemonstrationskomitees; hier könte sich für eine zu diesem Zwecke gewählte Kommission ein großes dankbares Feld der Tätigkeit. Allerdings müßten dies Leute sein, die mit den Verhältnissen vertraut und agitatorisch begabt sind. Es hätte schon mehr gearbeitet werden können, wenn sich nicht der fortwährende Mangel im Zweigereinstand vorliege. So empfindlich fühlbar gemacht hätte, zumal der Rücktritt des Vorsitzenden nach dem ersten halben Jahre erschwerend das Zusammenarbeiten sehr. Wenn wir zurückblicken auf die Tätigkeit des vergangenen Jahres, so muß konstatiert werden, daß wir einen großen Schritt vorwärts gekommen sind. Aber viel mehr hätte geleistet werden können, wenn sich die Kollegen arbeitsreicher dem Vorstande zur Verfügung gestellt hätten. Besonders wichtig für die Zukunft ist im Interesse der Aufgaben, die ihrer Erfüllung harren, ein selbstbewußter, einiges Zusammenarbeiten Platz greifen! Die Erfolge werden für die Maurer Komittees nicht ausbleiben. Nachdem nun der Kassierer die Quartals- und Jahresrechnung vorlegen hatte, folgte die Neuwahl des Vorstandes. Sie ergab, daß der zweite Vorsitzende zum ersten und der Kollege Bester zum ersten Kassierer gewählt wurde. Der amtierende Kollege Harß gab in kurzen aber kräftigen Ausführungen belebende Weisungen für das neue Komittee und sprach seine Zufriedenheit über den Zweigereinstand im bestmöglichen Jahre aus. Mit einem kräftigen Appell des neu gewählten Vorsitzenden an die Kollegen, ihn in unserer guten Sache tatkräftig das Jahr hindurch zu unterstützen, fand die Versammlung ihr Ende.

Königsberg i. Pr. (Jahresbericht.) Im vorigen Jahre sprachen wir die Hoffnung aus, daß es uns in diesem Jahre gelingen werde, die Scharten von 1904 auszuweihen; dieses ist nun zwar nicht vollständig gelungen, doch sind wir ein gut Teil vorwärts gekommen, obgleich der gekörnte Käufer mit seinen Schärmachern unter Zuhilfenahme der Zeitung des Streikbrecherverbandes mit den erbschämlichen Mitteln verucht hat, uns zu vernichten. Was hier an Terrorismus, Niedertracht und Verrat von dieser Gesellschaft getrieben ist, dürfte wohl kein anderer Ort in Deutschland aufzuweisen haben. Die Mitgliederzahl ist von 497 im Vorjahre auf 701 gestiegen. Die Einnahmen waren ebenfalls um A. 4385,53 höher als im Vorjahre. Bedauerlicherweise ist die Frustration noch immer ziemlich stark, denn von den 449 Neuaufnahmen im Berichtsjahre ist ein großer Teil der Organisation wieder abtrünnig geworden. Aber trotz allem Terrorismus, Verrat und trotz aller Niedertracht haben wir immer noch eine Zunahme von 204 Mitgliedern zu verzeichnen. Der Wunsch Käufers, unsere Organisation bald beiseite am Boden liegen zu sehen, wird sich wohl nie erfüllen. Den Schärmachern wird bei diesem Kampf hoffentlich bald die Rute ausgehen. Die Konjunktur war im Berichtsjahre nur mäßig; trotzdem machte sich im Sommer ein großer Mangel an Arbeitskräften bemerkbar, an dem selbstverständlich die Schärmacherei Käufers schuld war. In ihrer Vorsuchten die Unternehmer und ebenso die Zeitung des Streikbrecherverbandes in fast allen Provinzzeitungen Maurer, und Agenten bereiten die rüchindigen Drie, um Dummie zu fuchen, die auf die "Reinrute Käufers" gingen, indem sie ihre Ehre verkaufen mußten, bevor sie vor dem famosen Arbeitsnachweise Arbeit erhielten. Der Erfolg war gering. Das Organ der Streikbrecher schrieb damals: Der Zentralverband der Maurer hält mit ungeheurer Kosten den Zuzug von Königsberg fern. Kollegen kommt nach Königsberg. Auch dieses nähe nicht. Das wir arroke Kassen gehabt haben, um die Kollegen über die unfauberen Pläne Käufers aufzuklären, trifft nicht zu, es genigte es nur ein kleiner Wink, um die Kollegen von Königsberg fernzuhalten, wenn auch zugegeben werden muß, daß organisierte Kollegen aus der Provinz sich vielfach in größter Weise gegen die Solidarität bergangen haben, obgleich in der Provinz Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden war. Es wird Aufgabe der Gauleitung sein müssen, mehr als bisher einzugreifen, um diesen Wandel zu schaffen. Immerhin war es der vereinten Schärmachergesellschaft nicht möglich, soviel Dummie einzufangen, als sie brauchten, und viele Unternehmer mühten trotz Käufers Verbot die f f f Zentralverbänder wieder einzeln. Um nun nicht vollständig Hiasse zu erleben, importierte der patriotische

Lauffer mit gütiger Einwilligung der Zeitung des Streikbrecherverbandes 75 Jaltener, an denen dann Herr Ninderechert auch seine helle Freude erlebt hat; wenn sie ihm auch recht teuer geworden sind und alles verurteilt haben, so hätten sie doch den einen Vorzug: sie waren nicht Mitglieder des Zentralverbandes. Infolge dieses Bezuges im vergangenen Sommer, haben denn auch viele Unternehmer schon erklärt, daß das, was Lauffer wollte, nicht durchzuführen sei. Auch dieser Gewalttätigkeit wird also einlehen müssen, daß er einen Kampf gegen Windmühlensflügel führt. Zur Vertreibung des Koalitionsrechtes waren im Berichtsjahre fünf Bauplätze notwendig, wovon einer durch den Streikbrecherverband verloren ging, drei wiederum gewonnen und eines ist noch unentschieden. Die Ausgaben hierfür betrugen A. 803,35. Ferner gelang es uns, für die Vertretener Kollegen ohne Streit eine Lohnzulage von zirka 5 s die Stunde herauszuholen und die Arbeitszeit von 12 bis 18 Stunden auf 11 Stunden zu reduzieren. In der Agitation ist das Menschenmögliche geleistet worden. Es wurden im Sommer auf vier Wochen noch extra zwei Kollegen freigestellt, um dem Streikbrecherverband soviel wie möglich das Feld abzugraben, was auch einigen Erfolg hatte. Der Indifferenzismus und die Feigheit ist hier noch in einem Maße vorhanden; wie man es nicht für möglich halten sollte. Es ist dies aber begründet, da der Zuzug meist aus den rückständigen Bödern kommt, wo die Junfer Schulpfänger sind. Eine im August eingeleitete Bewegung zur Erbringung der neunzehnhundertjährigen Arbeitszeit und des 60 s Stundenlohnes mußte jedoch bis auf weiteres verfallen werden, weil die Konjunktur schon im September wieder abflaute. Aufgeschoben ist jedoch nicht aufgehoben. Im Berichtsjahre wurden abgehalten: 4 öffentliche, 18 Mitgliederversammlungen, 26 Vorstande, 11 Vertrauensmännerversammlungen und 340 Bauarbeiterbesprechungen. Der Geschäftsbericht war auch ein ziemlich reger. Dem Bauarbeiterstand, der hier noch vollständig im argen liegt, haben wir im Berichtsjahre auch besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Im Frühjahr wurde auf unsere Anregung eine Bauarbeiterkommission von den beteiligten Organisationen gegründet, doch blieb die ganze Arbeit uns überlassen. Zwar gelang es uns, durch wiederholte Eingaben an die Behörden, gegen die größten Verhörer der baupolizeilichen Bestimmungen einzuschreiten. Doch dürfte es trotzdem in Deutschland wohl keine Stadt geben, wo so mit dem Leben und mit der Gesundheit der baugewerblichen Arbeiter Schindluder getrieben wird als hier in der Stadt der reinen Verunnt, die sich rühmt, eine liberale Stadterhebung zu haben. Es wird die Kollegen interessieren, einige Entwürfe von der Verfasstheit der Bauten aus unserer Baukontrollur im letzten Herbst zu erfahren. Kontrolliert wurden 76 Bauten; auf 30 davon wurde Ende November im Innern gearbeitet, die seine Dichtung hatten. An den Weirern, die zum Materialtransport dienen, waren nirgends Schutzvorrichtungen angebracht. Auf 10 Bauten waren keine Wandbän, 66 Wänden hatten keine dichten Seitenwände, die Bedachung war unrichtig an 25 Wänden, ohne Fenster waren 20, nicht zu öffnen waren die Fenster an 40; nicht verriegelbar waren 29, keine Hütdosen hatten 52, Tische und Bänke fehlten in 31, Baumaterial lagerte in 16, nicht Raum genug boten 34, Speiseelöpfe waren in keiner, nicht gekocht worden 57, Bedarfslisten waren auf 70 Bauten nicht vorhanden. Die Mörte zeigten daselbstes Bild; es genügt wohl, wenn wir anführen, daß in den meisten Fällen von Nachbarghäusern oder von der Arbeitshalle aus hingingegeben werden kann. Aus dem Bericht werden die Kollegen riechen, daß es in der Hauptstadt Diebstehens noch in jeder Beziehung recht traurig aussieht; hoffen wir, daß es uns gelingt im neuen Jahre trotz allen Hindernissen ein Stück vorwärts zu kommen, uns zum Schluß, den Segnen zum Trug.

Lüdenscheid. War das Berichtsjahr 1905 arbeits- und erfolgreich, so steht dem das Jahr 1906 an Arbeit und Erfolg nicht nach. Jedoch war dies Jahr ein Jahr des "Driedens", dem Ausbau der Organisation nach innen und außen gewidmet. Eingeleitet wurde die Agitation durch ein vom Hauptvorstand für die deutschen und ein vom Gauvorstand für die italienischen Kollegen herausgegebenes Flugblatt. Im Anschluß hieran wurden beiderseitig öffentliche Versammlungen abgehalten. Durch die intensive Agitation stieg die Mitgliederzahl im ersten Quartal von 60 auf 90 und im zweiten von 90 auf 207. War nun die Organisation am Orte den Verhältnissen entsprechend ziemlich gut, so ließ sie in den Augenbezirken um so mehr zu wünschen übrig. Um die Agitation hier planmäßig zu betreiben, schickte es natürlich, an der nötigen Zeit und den nötigen Kräften. In Erwägung dieses Zustandes beschloß die am 30. Mai tagende Mitgliederversammlung, den Vorstandsvorstand zu ersuchen, die Mittel zur Vertreibung der Agitation für diese Orte zur Verfügung zu stellen. Dem entsprechend bewilligte der Vorstandsvorstand die Mittel für zwei Monate. Die am 17. Juni tagende Mitgliederversammlung betraute den Kollegen F. Schmidt mit der Agitation; der Erfolg blies nicht aus. Die Mitgliederzahl stieg im dritten Quartal auf zirka 400. Es wurden Zahlstellen gegründet in Meinerzhagen, Halber, Altena, Werbold und Schaftsmühle. Allenhallen, wo wir Fuß gefaßt hatten, erschienen dann auch die "Schwarzen", um ihre Zurechtweirer an den Mann zu bringen, bis jetzt aber immer noch ohne jeden Erfolg. Ihre Mitgliederzahl in Lüdenscheid soll nach eigenen Angaben inklusive Zimmerer, Sektulature, Bauhilfsarbeiter und Steinmeyer 100 betragen; immerhin groß genug, um Arbeiternverrat betreiben zu können. Dieser merkt im Berichtsjahre die Schlichtungskommission über die beiden Obmänner in Tätigkeit treten, um die vielen Beschwerden wegen Nichtbezahlung des Vertrages, deren 35 eingingen, zu heiderseitigen Zufriedenheit erledigt wurden, obgleich sich die christlichen Vertreter an keiner Sitzung trotz Einladung beteiligt haben. An Festlichkeiten wurden außer dem Gewerkschaftsfest ein Stiftungsfest und eine Neuentwicklungsfeier veranstaltet, die für die Kassaflasse einen Ueberschuß von A. 37 ergaben. Die im Juli vorgenommene Baukontrollur zeitigte eine Eingabe an die Behörde um Erlaß von Bauarbeiterbesprechungsbestimmungen. Die Antwort haben wir im "Grundstein" veröffentlicht. Leider ist die Behörde bis jetzt noch nicht eingetreten. Bei der Vertreterwahl zur Kantonalen liegt die Wirtschaftlichkeit mit Hilfe der Unternehmer. Zur Erledigung der Geschäfte waren im Berichtsjahr 17 Vorstandssitzungen, 16 Mitgliederversammlungen und eine Konferenz der Zweigereinstände notwendig. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des vierten Quartals 1905 60, am

Schluss des ersten Quartals 1906 80, des zweiten 207, des dritten 354 und am Jahresabschluss 198. Neu eingetretene sind im Laufe des Jahres 190 Mitglieder, davon waren 11 früher schon einmal Mitglieder; zugezogen sind 135 Mitglieder, abgetreten 109, ausgetreten 2 gestorben. 1 zum Militär, wegen Schulden gefristet 9 Mitglieder. Der Sozialistenbeitrag betrug 1905 A. 106,19, die Einnahme der Sozialisten A. 1301,09, die Ausgabe A. 894. Bleibt Kassenbestand A. 574,18, davon sind A. 520 auf der Sparflasse belegt. Die Hauptflasse balancierte in Einnahme und Ausgabe mit A. 3632,80. Der Quartalsbeitrag betrug an Beitragsmarken 7288, gegen das Vorjahr 8485 mehr.

Meuselwitz. Am 3. Februar tagte im Restaurant "Glad auf" eine extra einberufene Mitgliederversammlung, die besser hätte besucht sein können; von 170 Mitgliedern waren nur wenige amfend, und dabei hatte der Kassierer jedes einzelne Exemplar des "Grundstein" mit einem Zettel versehen, worauf die Tagesordnung stand, um die Kollegen nochmals auf die Versammlung aufmerksam zu machen. Die Kollegen müßten mehr Interesse an den Tag legen und nicht bloß Mitarbeiter der Organisation sein. Zunächst gab der Vorsitzende bekannt, daß der Vorstand beauftragt war, sich mit den Vorständen der Zahlstellen Luda und Bechu in Verbindung zu setzen. Die Zusammenkunft war für den 27. Januar bestimmt, jedoch war von den Geladenen niemand erschienen. Es wurde beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Ferner wurde eine Lohnkommission gewählt und diese beauftragt, das Weitere zu veranlassen. Dann gab der Kollege Walter einen Bericht über die Revision der Abrechnungen vom dritten und vierten Quartal. Zu diesem Punkte stellte Kollege Walter den Antrag, die Verwaltung zu entlasten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. In "Beschiedenes" wurde noch auf die bevorstehende Entscheidung hingewiesen; die Kollegen wurden ermahnt, nur Sozialdemokraten zu wählen, da sich eine andere Partei nicht um die Arbeiter kümmert und auch nicht für sie tut oder getan hat. Die anderen Parteien seien nur darauf bedacht, immer wieder neue Fülle und Sicherer zu schaffen. Da nichts weiter vorlag, wurde die Versammlung geschlossen.

Neumarkt i. Schl. Am 3. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Als erster Vorkämpfer wurde der Kollege Karl Wilschke-Schöneiche, als erster Kassierer Kollege Wilschke-Matthias gewählt. Der Vorsitzende, Herr Wette, machte die Anwesenden darauf aufmerksam, daß wir dieses Jahr unsere Beiträge erhöhen müßten, da wir laut Vertrag vom 1. Januar einen Stundenlohn von 35 s erhielten. Kollege entpenn sich hierüber eine lebhafte Debatte. Kollege Matzold stellte den Antrag, 35 s mit 5 s Kassaflüssigkeit wöchentlich zu zahlen und die Rate à 10 s monatlich für die "Grundstein"-Kassierflüssigkeit fallen zu lassen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf den Zentralverband wurde die Versammlung geschlossen.

Neilsenhall. Am 12. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die gut besucht war. Der Vorsitzende erstattete den Tätigkeitsbericht, der mit allgemeinem Beifall zur Kenntnis genommen wurde. Dann erstattete der Kassierer den Quartals- und Jahresstellenbericht. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit und wurde hierauf dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf wurde zur Wahl geschritten. Als erster Vorkämpfer wurde Kollege Wier, als Kassierer Kollege Tomaszik gewählt. Weiter wurde beschlossen, für den Bauarbeiterstand mehr tätig zu sein; es wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, die die Aufgabe hat, statistisches Material zu sammeln und in geeigneter Weise zu verwenden. Nach Erledigung der übrigen Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende Schwarzländer die Versammlung.

Sangerhausen. Am 2. Februar tagte hier im Verbandslokale unsere regelmäßige Versammlung, die wie ihre Vorgängerin im vergangenen Jahre sehr schön besucht war. Erster Punkt der Tagesordnung war ein Antrag, daß sich die Maurer dem Kartell wieder anschließen möchten. Dieser Antrag wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen und die Kollegen Blochfeld, Maue und Langguth als Delegierte gewählt. Desgleichen lag es der Versammlung ob, die Eingetragten unter den Kollegen wieder zu stande zu bringen, die durch das Weichen der Leiche in die Brände gegangen war. Das gelang jedoch nicht, weshalb man beschloß, den Gauvorsitzenden, Kollegen Koch, davon zu benachrichtigen. Der soll die Sache unteruchen und dann den Konflikt zu regeln suchen. Des weiteren soll an den Gauvorstand der Antrag gestellt werden, den seinerzeit vom Hauptvorstand ausgeschlossenen Kollegen Otto Wier wieder aufzunehmen. Sodann beschwerte sich der Kassierer, daß keiner der Kollegen von den Hilfszahlstellen das Verbreiten des "Grundstein" befohlen wolle. Der Vorsitzende wurde beauftragt, nach den Hilfszahlstellen zu gehen und einen Kollegen zur Uebernahme des Postens zu bewegen suchen. Man beauftragte allgemein, daß sich in den Orten niemand findet, der das Verbreiten des "Grundstein" befohlen, denn sonst Interesse sollte doch jeder Kollege besitzen.

Stadthagen. Am 3. Februar tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Vereichen wurde zunächst vom Schriftführer das Protokoll von der letzten Versammlung. Alsdann wurde vom Kassierer der Quartals- und Jahresbericht gegeben und für richtig befunden. Der Punkt 2 der Tagesordnung betraf die Vorstandswahl, wobei mit einigen Ausnahmen der alte Vorstand wiedergewählt wurde. Außerdem wurden dem Vorsitzenden und dem Kassierer je A. 10 Entschädigung bewilligt. Im Punkt "Vertriebenes" wurde vom Vorsitzenden die Bedeutung des Gewerkschaftskartells erwähnt und aufgefordert, in der Versammlung, in welcher Arbeiterkreisläufer Albert Paul aus Hannover referieren wird, zahlreich zu erscheinen, um den Vertritt zum Kartell zu ermöglichen. Ferner wurde das Verhalten einiger Kollegen bei der letzten Reichstagswahl auf das schärfste gerügt. Es wurde weiter darüber beraten, in nächster Zeit eine Haupttagung vorzunehmen, bei der sämtliche Kollegen antreten müssen, damit, wenn wir am 1. April unsere Forderung einreichen, kein Kollege am Orte dem Verbands nicht fernbleibt. Hierauf wurde die gut verlaufene, jedoch nur mäßig besuchte Versammlung geschlossen.

Tauscha. Am 27. Januar tagte hier eine gut besuchte Maurerverammlung. Der erste Punkt der Tagesordnung

geld zweiter Klasse an ein Mitglied, das der Klasse noch nicht an Zahl angehört, M. 60, Kurs- und Verkaufskosten an Frankensalzen M. 297,75, an die Hauptkasse eingekauft M. 700, Verwaltung, bedingte M. 4,05, zusammen M. 1463,37; Bestand am Schlusse des Jahres M. 180,39. Die Zahl der Mitglieder beträgt 865. Die Krankheitsstage beliefen sich auf 2630, beteiligt daran waren 176 Mitglieder. Die Jahreserinnahme und Ausgabe der Sterbekasse betrug M. 381,25. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 55; gestorben sind zwei Mitglieder. Die Revisoren befähigen, daß bei den Quartals- und Monatsrechnungen alles in bester Ordnung vorgefunden wurde, dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Bei der Wahl der Verwaltung wurden Franz Weiskopf als erster Bevollmächtigter, Hermann Kothhardt als zweiter Kassierer, W. Martin als Schriftführer und W. Diez als Revisor gewählt. Im Punkt „Verständens“ beschränkte sich das Mitglied H. Kothhardt über die Sammelkassen der Leihenträger und stellte folgenden Antrag: „Diejenigen Mitglieder, die sich zum Leihenträger verpflichtet haben und nicht erscheinen, mein sie dazu bestraft werden und auch nicht für Vertretung sorgen, erhalten im Verbandsliste keine Träger gestellt. Darüber ist vom Vorstand eine Besche zu fassen. (Was ist mit dem Antrag geworden, wurde er angenommen oder abgelehnt? Die Red.)“

Sauburg. Am 3. Februar tagte im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung der Zentralkrankenkasse der Maurer „Grundstein zur Einigkeit“. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise gelehrt. Die Abrechnung vom dritten Quartal 1906 ergab eine Einnahme von M. 10 764,87 und eine Ausgabe von M. 10 710,76. Die Abrechnung vom vierten Quartal ergab eine Einnahme von M. 10 003,96, der eine Ausgabe von M. 9560,16 gegenübersteht. Die Abrechnung der Sterbekasse ergab im dritten Quartal eine Einnahme von M. 291,40 und im vierten Quartal eine solche von M. 293,10, der eine gleiche Ausgabe gegenübersteht. Anschließend an die Quartalsabrechnung gab der Kassierer Freydenker einen Uebersicht über die Kassensverhältnisse von 1905 und 1906. (Die Zahlen in Klammern gelten für 1905.) Gesamtjahreserinnahme der Zentrale M. 40 176,06 (M. 38 674,87). Die einzelnen Ausgaben verteilten sich wie folgt: Verband freier Klassen M. 7293 (M. 6885), Krankengeld erster Klasse M. 3470,40 (M. 3588), zweite Klasse M. 7252 (M. 8000), dritte Klasse M. — (M. 9), vierte Klasse M. 350 (M. 166), Sterbegeld in 17 Fällen M. 1740 (M. 1200), Krankengeld an die Angehörigen Krankfurter M. 1328,85 (M. 770,07), Kurs- und Reisekosten an Krankenhäuser M. 6786,73 (M. 40 47,50). An die Hauptkasse abgelehrt M. 8400 (M. 11 150). Für Krankentransporte, erhöhtes Krankengeld, ärztliche Untersuchung usw. M. 309 (M. 375,42). Der Kassensbestand betrug am Schlusse des Jahres M. 443,80 (M. 24,25); die Krankheitsstage beliefen sich auf 8100 (7270); die Zahl der durch Unfall hervorgerufenen Krankheitsstage betrug 1600 (1120); die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1420. C. Wehn als Revisor machte bekannt, daß vier Quartals- und sieben unbeschlossene Revisionen vorgenommen worden seien, wobei alles in bester Ordnung gefunden wurde. Bei der halbjährlichen Erneuerung der örtlichen Verwaltung wurden W. Schulze als erster Bevollmächtigter, S. Mohr als Schriftführer, P. Weisenburg als zweiter Kassierer und S. Jessel und W. Harms als Revisoren wiedergewählt. Hierauf erläuterte W. Schulze den Bericht vom Verband freier Klassen. Sodann gab der Bevollmächtigte bekannt, daß die örtliche Verwaltung beschlossen habe, durch eines ihrer Mitglieder eine besondere Krankentransportkontrolle in Verbindung mit der allgemeinen Krankentransportpflicht durch die Mitglieder vorzunehmen. Des härteren Frohles halber sei eine außergewöhnlich hohe Zahl von Erkrankungsfällen zu verzeichnen gewesen, während bei Eintritt milderen Wetters an der Zahl dieser Fälle wieder abgenommen sei. Die örtliche Verwaltung sei darauf bedacht, den Grundtagen unserer Klasse gemäß, jedem Erkrankten sein unbedingtes Recht zu lassen, aber die Rechte der beitragszahlenden Mitglieder nicht aufgeben zu lassen. Ferner wies der Vorsitzende auf die gut fundierte Sterbekasse „Grundstein“ hin und forderte zum Beitritt in diese Klasse auf.

Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit“.

Ausgeschlossen auf Grund § 6 Ziffer 1 a. d. Satzung sind folgende Mitglieder: Gustav Metzger (3781), Anna Metzger (3782), Klara Silber (2673), Gertrud Silber (2674), Max Silber (2951), Wilhelmine Hubis (2282).

Der Vorstand.
S. A.: W. Demar, Vorsitzender.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unten steht ein, von Anfallen, Voreinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Wachum. Ein bedauerlicher Unfall, der ein blühendes Mitglied vernichtete, ereignete sich am 9. Februar auf der Baue „Wingregent“. Dort hat der Baunternehmer Segersfeld Bauarbeiten auszuführen, wobei auch der Kollege Julius Fankuche beschäftigt war. Der Kollege überstreckte an einer Stelle des Geländes der Staatsbahn, das von den Bedenken nicht abgesehen war. Hierbei wurde er von einem Wirtzauge erfasst und sofort getötet. Wirtzauge war erst seit drei Wochen verheiratet.

Wemmar. Am 31. Januar stürzte der 17jährige Arbeiter Marquand auf dem Theaterbau in den Bühnenraum ab und erlitt eine schwere Kopfverletzung, an der er am 1. Februar starb. Die Bauleitung gibt bekannt, daß der arme Bursche selber an seinem Tode schuld sei. Unsere Zweigvereinsleitung will sich dazu noch äußern.

D. d. unschuldsvoller Engel von Maurermeister! Der Vorsitzende der Bauarbeiterkommission in Bremerhaven-Gesemünde, der Genosse Streng, hatte sich am 20. Januar vor der Strafkammer in Gesemünde wegen willkürlich falscher Anschuldigung

zu verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, durch eine an die Leber Polizeibehörde gerichtete Eingabe den Maurermeister Krieg zu Lebe in willkürlich falscher Weise einer strafbaren Handlung bezichtigt und dadurch, gegen den § 164 Str.-G.-B. verstoßen zu haben. Er hatte nämlich, sich fühlend auf die Bestimmungen der für Lehe und Geestmünde gültigen Verordnung des Regierungspräsidenten zu Stade, betreffend die Bauarbeiterfürsorge, im Auftrag der Bauarbeiterkommission der Polizei gemeldet, daß an einem von Krieg aufgeführten Neubau in der Poststraße zu Lehe die Bestimmungen über den Unterrichtsraum und die Aborte nicht innegehalten würden, und hatte demzufolge die Polizei um Weisung zur Abstellung, des Mißstandes gebeten.

Der Anzeiger nach sollte der Unterrichtsraum zu klein, der fragliche Abort aber dermaßen unhygienisch sein, daß Stragenpassanten in circa drei Meter Entfernung ohne größere Anstrengung das Innere des „Allerhöchlichsten“ durch die Türspalte in Augenschein nehmen konnten. Die Polizei stellte auf Grund der Anzeige — von deren Richtigkeit sich Genosse Streng nach der Abfassung überzeugt hatte — Ermittlungen an. Das Ergebnis derselben vermeldete sich aber, nicht etwa in einer Anlage gegen den beschuldigten Bauunternehmer, sondern — wie könnte es in Preußen-Deutschland auch anders sein — gegen den die Mißstände angezeigten Streng. Die polizeiliche „Feststellung“ hatte nämlich durch Veragung des beschuldigten, seines Poliers und zweier Arbeiter ergeben, daß besagte Mißstände überhaupt nicht vorhanden waren, denn nach dem § 7 der oben bezeichneten Verordnung kämen die Unterrichtsräume und Aborte behandelnden Bestimmungen erst in Frage, wenn an dem fraglichen Bau mehr als zehn Arbeiter nicht nur vorübergehend beschäftigt seien. Dies wäre nach den Ermittlungen nicht der Fall gewesen. Es hätten höchstens acht bis neun Personen gleichzeitig am Bau gearbeitet. Der Anzeiger gibt auf Verfragen des Vorsitzenden an, er habe durchaus nicht eine Verfassung des beschuldigten, sondern nur eine Abstellung der geringen Mißstände, deren derzeitiges Vorhandensein er auch heute noch behauptet und unter Beweis stelle, mit seiner Anzeige bezwecken wollen.

Für die Richtigkeit seiner Behauptungen hatte er durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. jur. Hera-Altona, umfassenden Beweis durch Vernehmung der damals am fraglichen Bau beschäftigten Maurer und Bauarbeiter angetreten. Rechtsanwaltsmaterie bedurfte der Angeklagte aber dieses Vorzeigens gar nicht erst, denn die unter Eid geforderte Befundung des Bauunternehmers Krieg und seines Poliers förderte — entgegengekehrt ihrer derzeit der Polizei gegenüber gemachten Angaben — zu Tage, daß doch mehr als zehn Arbeiter gleichzeitig nicht nur vorübergehend am Bau beschäftigt waren. Die Herren hatten bei ihrer ersten Fassung eben die doch gewiß auch zu den Arbeitern zählenden Steinblöcker nicht mit eingerechnet. Auf Grund dieser Feststellung ließ der Herr Staatsanwalt bezüglich der Behauptung von dem zu kleinem Unterrichtsraum schon jetzt die Anlage fallen und hielt sie nur noch wegen der nicht erwiesenen Behauptung über die „Guldhöber“ des Abortes aufrecht. Aber auch dieses Seff entlast seinen Händen, als der nächste Zeuge die Richtigkeit der Behauptung ethisch erklärte und der Polier die Möglichkeit derselben zugab. Staatsanwalt und Verteidigung verdrängten nun auf die weiteren Zeugen. In seinem Klaidoyer gab der Staatsanwalt zu, daß bezüglich des Abortes die Behauptung des Angeklagten eine objektiv richtige war; bezüglich der Zahl der beschäftigten Arbeiter halte er die objektive Richtigkeit jedoch nicht für erwiesen; er zweifle aber nicht an der subjektiven Ueberzeugung des Angeklagten in diesem Punkte und beantrage er daher dessen Freisprechung. Der Verteidiger behaupte auf Grund der letzten staatsanwaltschaftlichen Ausführungen seinen Verzicht auf die weitere Zeugenvernehmung. Durch diese würde er auch noch die letzten Gedanken über eine etwaige jahrlässige Schuld des Angeklagten zerstreut haben. Soweit sei aber sicher, der Angeklagte sei durch die heutige Verhandlung auch moralisch vollkommen gerechtfertigt. Nicht dieser, sondern der von ihm beschuldigte Maurermeister Krieg hätte auf die Anlage Freispruch gehört. Er stelle deshalb auf der beantragten Freisprechung noch den Antrag, die dem Angeklagten durch die Anlage notwendig gewordenen Auslagen und Unkosten auf die Staatskasse zu übernehmen. Das Gericht schloß sich in allen Teilen den Ausführungen des Verteidigers an und erkannte demgemäß. — Mitglieder wäre es noch gewesen, dem Herrn Maurermeister Krieg, dem eigentlichen Urheber des Prozesses, die nicht geringen Kosten desselben aufzubürden, anstatt daß diese nunmehr aus der Tasche der Allgemeinheit getragen werden müssen. Aber so ist es einmal in unserem heutigen „Rechtsstaate“. Dem auf die Gewährung des ihm zustehenden, an sich gemäß minimalen Arbeiterlohnes dringenden Arbeiter wohl, wenn er hierzu die Weisung der beherrschenden Organe erfährt und dabei nicht ganz vorsichtig zu Werke geht, Freiheitsstrafe, deren Minimalshöhe einen Monat beträgt. Selbige ist ihm aber, mit einem blauen Auge davonzukommen, d. h. seinen Freispruch zu erzielen, so trägt jeder heutige Gewerkschafter seinen Obolus zu den Kosten mit bei. Und der die Arbeiterdurchsetzung überretende Arbeitgeber? Nun, der geht frei und ledig aller Pflicht davon aus.

Ans Unternehmerrreisen.

* Die achte Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Vaugewerbe findet am 18. und 19. Februar in Köln a. Rh. statt. Die Rheinische Metropole scheint in diesem Jahre auf die Vaugewerke eine besondere Anziehungskraft auszuüben. Aus der reichhaltigen Tagesordnung der Unternehmerrtagung wollen wir einige Punkte nennen: 1. Erhaltung des Jahresberichts durch Baumeister Vahl-Berlin. 2. Referat von Ent-Leipzig und Geuer-Berlin über den Gesekentwurf, betr. Sicherung der Vaugewerke. 3. Der Gesekentwurf über die sogenannte Rechtsfähigkeit der Berufsvereine; hierüber soll der Geschäftsführer des Berliner Verbandes, Herr Wieland, referieren. 4. Streifenversicherung, Referent Vahl-Berlin. 5. Streifenversicherung, Referent Jurth-Bandenburg. 6. Verbindung von Arbeitgeberverbänden und Baumeisterallianzen zwecks gegenseitiger Unterstützung; Referent ist

Veihrens-Gannover. 9. Bericht über den Verlauf der lecht-jährigen Arbeitseinstellungen; darüber sollen die etwa anwesenden Vertreter der Streit- und Ausperrungsorte reden. Im ganzen weist die Tagesordnung 18 Punkte auf. Eine Gewerkschaftstagung würde zur Bewältigung dieses Penjuns etwa zehn bis zwölf Tage gebrauchen; die Herren Arbeitgeber werden in zwei Tagen damit fertig. Wir haben nicht genug Eifer für die der Arbeitgeberautorität, um das der höheren Intelligenz der Unternehmer zuzuschreiben; wir sind vielmehr der Meinung, daß eine gründliche Erörterung der zur Beratung stehenden Punkte in zwei Tagen schlechterdings unmöglich ist. Aber wozu das auch? Der Referent hält seine schärfmacheische Pause, der ganze Chorus applaudiert, denn man ist sich ja einig! Die Unternehmer fahren ja auch nicht nach Köln, um zu arbeiten, sondern um zu demonstrieren und — begnügt zu sein! Wir wünschen das Beste. Im April tagen in demselben Köln die Verbandstage der Maurer und Zimmerer; der unparteiische Zuschauer kann dann leicht feststellen, wo wirklich praktische Arbeit geleistet wird, ob im Saal der Bürgergesellschaft oder im Gewerkschaftssaal.

* **Unternehmerverbände in Baden.** Die in Baden bestehenden baugewerblichen Arbeitgeberverbände haben sich zu einem Landesverbande zusammengeschlossen, der seinerseits wieder dem deutschen Arbeitgeberverbände angehört. Der badische Landesverband zählt jetzt 13 Lokalvereine mit 676 Mitgliedern. Vorsitzender ist Geppeler-Heisberg.

Ans anderen Berufen.

Georg Bauer †. Am 29. Januar starb in Hannover nach mehrwöchiger Krankheit der Vorsitzende des Zentralverbandes Deutscher Maurer, Georg Bauer. Der Verstorbene war sowohl in der gewerkschaftlichen wie in der politischen Bewegung reger tätig. Noch vor Wochen beteiligte er sich unermüdet an der Wahlaktion, und zwar im Wahlkreis Velzen, wo er für die Partei kandidierte. Wichtigster war seine Tätigkeit in seiner Gewerkschaft, die er 1891 mitbegründet hat, und in der er seit 1895 die Stellung eines Beamten, seit 1898 die eines Zentralvorstandes bekleidete. Unter seinem Vorsitz hat der Brauerverband eine glänzende Entwicklung genommen. Bauers Tod bedeutet denn auch für die Brauerbewegung einen schweren Verlust.

Polizei und Gerichte.

* **Versammlungsrecht der Arbeiter in Preußen.** Eine interessante Verhandlung fand Dienstag, den 22. Januar, vor dem Schöffengericht zu Lennep statt. Zu beantworten hatte sich der Kollege W. Balser aus C. b. e. r. f. e. l. d wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes. Er hatte von dem dortigen Amtsgericht einen Strafbefehl erhalten wegen Uebertretung der §§ 1 und 12 des preußischen Vereinsgesetzes, und zwar in Höhe von M. 18. Hiergegen hatte er Einspruch erhoben. Der Sache lag folgender Tatbestand zu Grunde. Am 29. September v. J. hatten einige Maurer aus Lennep eine Versprechung, in der Kreiszeitung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands zu gründen. Der Vordamernachtsmeister Herrmann von Dablerau hatte aber davon Wind bekommen und erschien dann an dem fraglichen Abend in dem betreffenden Lokal, fragte an, wer der Einberufer der Versammlung sei und begleihte nach. Es wurde ihm bedeutet, daß eine Versammlung nicht stattfinden, sondern nur eine Versprechung zur Regelung interner Angelegenheiten.

D. erklärte dann den anwesenden Kollegen das Statut und wies darauf hin, daß die Kollegen durch den Anschluß am Verband wesentliche Vorteile erringen könnten. Hierauf notierte der Herr Wächmeister dessen Namen sowie den Namen eines Lennep Kollegen, indem er meinte, das übrige werde sich finden. Die Uebertretung wurde darin erblickt, daß in der Versammlung öffentliche Angelegenheiten“ erörtert worden seien. Auch sei sie nicht angemeldet gewesen. Der Angeklagte bestritt ganz entschieden, eine Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten, arrangiert zu haben. Auch könne von öffentlichen Angelegenheiten gar keine Rede sein, da es sich bei seinen Ausführungen nur einzig und allein um das Statut des Verbandes gehandelt habe. Der als Zeuge benommene Wächmeister gab zu, daß auch während seiner Anwesenheit nichts anderes erörtert worden sei, aber es seien Leute aufgefordert worden, an der Versammlung teilzunehmen; auch seien hierzu Druckschriften verbreitet worden; wie er später gehört habe, sei es der „Grundstein“ gewesen. Uebriens wäre in der Versammlung auch zum Beitritt in den Maurerverband aufgefordert worden und das seien öffentliche Angelegenheiten. Zum Beweise seiner „Rechtswissenschaft“ zog er ein Kammergerichts Urteil hervor, wo es sich um eine gleiche Sache gehandelt habe und der Angeklagte verurteilt worden sei. Damals habe es sich um den Metallarbeiterverband gehandelt, aber das bleibe sich doch gleich, es sei bloß eine Namensveränderung. Nach diesen Beweisen hielt der Staatsanwalt den Beweis der Uebertretung für erbracht und beantragte die Verurteilung des Einspruchs.

Der Angeklagte erwiderte hierauf, daß diese Rechtsauffassung jedenfalls auf den Begriff „öffentliche Angelegenheiten“ nicht zureichend sei, denn es würde dann seinem Verein mehr möglich sein, neue Mitglieder zu werben, ohne das Gebiet der Öffentlichkeit zu betreten. Auch die Unternehmer hielten doch sehr häufig beratige Sitzungen ab, in denen oft sehr folgenreiche Beschlüsse gefaßt würden, was im vorliegenden Falle nicht zuträfe. Jedem falls habe aber der Arbeitgeber bei Erlaß des Urteiles an eine beratige Auslegung nicht gedacht. Nach kurzer Beratung erkannte das Gericht auf Freisprechung und legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse zur Last.

Leider haben die übrigen Personen keinen Einspruch erhoben und haben das Strafmandat bezahlt und wie durch das Urteil bewiesen ist, zu Unrecht auf Grund einer unserer Ansicht unzulässigen Anzeige eines Staatsbeamten.

Verurteilt wurde wegen Vergehens gegen den Bekannten § 153 der Gewerbeordnung für die der Kollege Karl Kramer, der Vorhänger unseres Zweigvereins in Priege. Es handelt sich um folgenden Vorfall:

Im Jahre 1905 wurde ein Vertrag zwischen dem Zentralverband der Maurer und dem Arbeitgeberverband im Baugewerbe abgeschlossen, wonach der Lohn und die Arbeitszeit in Krieg und Umgegend geregelt wurden. Die Arbeiter mussten sich verpflichten, dass auch der Vertrag für etwaige auswärtige Unternehmer, die im Lohngebiete arbeiten ausüben, Anerkennung finde, da sonst die Konkurrenz zu groß werde.

Im Jahre 1906 führte Maurermeister Reimich aus Kalksmarkt in Schreienberg Arbeiten aus, zahlte jedoch die ordentlichen Löhne nicht und ließ auch eine Stunde länger arbeiten. Ein Zweigmeister, der den Tarif früher mit anerkannt hatte, arbeitete nun ebenfalls bei dem betreffenden Unternehmer zu den obengenannten Bedingungen. Dadurch wurden sehr bald Mißbilligungen hervorgerufen. Kramer begab sich sehr mit einem Arbeitsvertrag zum Unternehmer, an dessen Stelle der Polizei trat. Dieser jedoch ließ sich auf nichts ein, belegte Kramer noch obenbrein, indem er ihn haultenger, Vagabund u. nannte. Er wäre sogar in Fälligkeiten ausgesetzt, wenn nicht Kramer einen Arbeitskollegen bei sich gehabt hätte. Kramer sagte zum Polizei: „Ihr in Eurem polnischen Nest könnt machen, was Ihr wollt, aber nicht in Krieg.“

Dieser Vorfall führte zur Anlage wegen Verleumdung und Vergehens gegen § 153. Das Schöffengericht erkannte auf fünf Tage Gefängnis, die Strafkammer erhöhte indes die Strafe auf einen Monat Gefängnis. Maurermeister Griska hatte zu Gunsten Kramers ausgesagt. Er behauptete eiblich, daß Kramer ein ruhiger, überlegender Mann sei, auf das Urteil vermochte seine eibliche Aussage aber keinen Einfluß auszuüben.

Das Urteil wird bei einer Nachprüfung der Revisionsinstanz wohl kaum Bestand haben können, da es sich in diesem Falle gar nicht um die Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen handelte, sondern darum, daß bereits bestehende Arbeitsbedingungen zur Geltung zu bringen und die mit den Unternehmern eingegangenen Vertragsbedingungen zu erfüllen waren.

Der Rat soll den „Griffen“ unseren Verband überwinden helfen. Wegen Vergehens gegen den § 153 der Reichsgewerbeordnung wurde der Kollege Glas in Witten verurteilt von drei Wochen Gefängnis verurteilt. Hier der genaue Sachverhalt. Am 18. August trat der Maurer Jol. Liebhart an dem Neubau Braun, Nympfenburgerstraße, in Arbeit. Der Baubelegte Kollege Glas fragte ihn bald nach seiner Kontrollkarte, worauf er erklärte, daß er sie vergessen habe. In der Meinung, er sei Verbandskollege, sagte der Baubelegte zu ihm: „Du kommst heut Abend so in die Versammlung?“ was er auch mit ja beantwortete. Da Glas aber Liebhart Abends in der Versammlung nicht sah, fragte er ihn anderen Tags nochmals nach der Kontrollkarte, worauf er eine solche der christlichen Gewerkschaft vorzeigte. Da nun auf dem Neubau sämtliche Arbeiter der freien Gewerkschaft angehört und das Verhältnis mit den christlichen Gewerkschaften stets ein gespanntes war, wurde Liebhart nahegelegt, daß es für ihn besser sei, wenn er zum Zentralverband übertritt würde, um die Ruhe und den Frieden zu erhalten. Glas gab ihm auch einige Flugblätter und machte ihn darauf aufmerksam, daß von den Christlichen Streikbrecher und solche Elemente, die von unserem Verbands ausgeschlossen wurden, aufgenommen würden, und daß ferner der christliche Sekretär Bräuner in Landshut und anderen Orten, wo der Zentralverband der Maurer Deutschlands bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfte, hinter dem Rücken desbesten bedeutend schlechtere Tarifverträge abschließen wollte u. a. m., worauf Liebhart erklärte, sich die Sache überlegen zu wollen. Tags darauf aber, als gefragt wurde, was er tun wolle, entgegnete er pagig, er wisse selbst ihm besser und lasse sich nicht umschreiben. Glas erwiderte ihm hierauf, daß es ihm persönlich gleich sei, von ihm aus komme nun, was kommen wolle, er ließe für nichts ein. In der Verhandlung sagte Liebhart unter Eid aus, daß Gl. ihm gedroht hätte, er könne die Konsequenzen daraus selbst ziehen. Auf die Frage der Kollegen, wie es mit Liebhart stehe, erzählte Gl. ihnen die Sache und sagte: „das ist ein schwarzer dahlener“, was aber Liebhart gar nicht hören konnte, da dies nur ein Tischgespräch war, er selbst aber weit entfernt davon lag. Liebhart sagte aber in der Verhandlung unter Eid aus, daß Gl. aufgehauken sei und auf ihn gedroht habe, als er diese Worte sprach. Dies ist jedoch eine grobe Unwahrheit. Wahr ist, daß dem Liebhart Unannehmlichkeiten bereitete und auch sein Arbeitsgeschick beschmüht wurde, was aber sicher nicht auf Verreiben und ohne Wissen des Kollegen Glas geschah, der im Gegenteil diese Vorkommnisse bedauerte. Die Verfassungsverhandlung wird ja ergeben, wie genau Liebhart es mit der Wahrheit genommen hat, und es kann leicht sein, daß der Stiel umgedreht wird, denn einigermaßen Glauben wird man doch den Zeugen des Kollegen Glas auch noch schenken. Die Sache ist übrigens klar: Die Zahl der Demissionen seitens der christlichen Gewerkschaften wird immer größer. Da sie zu schwach sind, um ihre Macht zu zeigen, suchen sie sich dafür zu rächen, indem sie durch Spione und zweifelhafte Elemente die feindlich gesinnten Kollegen provozieren. Hierauf folgt dann Anzeige bei dem Staatsanwalt, und ein Verfahren wegen Vergehens gegen § 153 ist und wird aus der kleinften Vappatie fertig gebracht, bietet sich doch Gelegenheit, den Sozialdemokraten die Lust zur Agitation zu verweiden. Aber die gefällten Urteile verlieren ihre Wirkung und ihren Zweck, sie machen den Gewerkschaftler zu einem überlegeneren Sozialdemokraten, als er zuvor war. Ueber den Verlauf der Verfassungsverhandlung werden wir ebenfalls berichten. Hoffentlich fällt sie besser aus, als die Verhandlung am Schöffengericht.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“, Heft 19 des 25. Jahrganges. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein Kind des Zufalls. — Friedrich Engels und die Naturwissenschaft. Von Dr. Friedrich Adler. — Urtagen und Wirkungen. Betrachtungen vom 26. Januar 1907. Von Adolf Hoffmann (Berlin). — Flug-

blätter oder Zeitung? Von Emanuel Barm. — Amerika in anarchistischer Verfassung. Von Theresie Schiesinger Gaffner. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und kostet pro Heft 25 A. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Blut und Eisen.“ Militarismus, Krieg und Kriegerum und dessen verderblicher Einfluß auf das Kulturleben der Völker in alter und neuer Zeit.

Zu jeder Woche erscheint eine reich illustrierte Lieferung zum Preise von 20 A., die durch jede Buchhandlung bezogen werden kann und von allen Kolporturen geliefert wird.

Das Ende des Reichs. Deutschland und Preußen im Zeitalter der großen Revolution. Von Kurt Eisner. Verlag des Vorwärts, Berlin-SW. Preis brosch. M. 4, geb. M. 6. Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen entgegen.

Die Grundbedingungen des Wirtschaftslebens von Eduard Bernstein. Wirtschaftswissen und Wirtschaftswesen II. Ein Vortrag, gehalten von Berliner Arbeitern. Preis 60 A. Agitationsausgabe 20 A. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. In allgemein verständlicher Form legt der Verfasser nieder, was die Fachwissenschaft über diese Frage zu sagen weiß.

Die Volkshilfe lehnt sich an den Vortrag: Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens“ an, ist aber in sich abgeschlossen. Die Schrift ist zu beziehen durch sämtliche Buchhandlungen und Kolporturen, sowie direkt vom Verlag. Wir können das Studium dieser Schrift ganz besonders empfehlen.

Sozialdemokratische Philosophie. Eine Artikelserie von Jolof Diegen. Mit einem Vorwort von Eugen Diegen. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 75 A. Agitationsausgabe 30 A. Zu beziehen ist diese Schrift durch alle Buchhandlungen und Kolporturen.

Briefkasten.

Willingen, H. A. Solche Anzeigen werden nur aufgenommen, wenn sie vom Zweigvereinsvorstand eingeleitet werden.

Hollhagen, R. E. Wenn Sie keinen Vertrag mit dem Bauherrn abgeschlossen haben, so können Sie nichts machen. Das bloße Versprechen, daß Sie die Arbeit ausführen wollten, ist noch kein Vertrag, sondern nur ein Antrag auf Abschließung eines Vertrages. Sie hätten sich sofort zur Übernahme der Arbeit bereit erklären und einen Vertrag, wenn auch nur mündlich, aber in Gegenwart von Zeugen, mit dem Bauherrn abschließen müssen. Denn: Nach § 147 des Bürgerlichen Gesetzbuches muß der einem Anwesenden gemachte Antrag auf Abschließung eines Vertrages sofort angenommen werden, es sei denn, daß der Antragende eine Frist bedungen hätte.

Sachsenmoor Nr. 163 963. Die Steuer muß bezahlt werden.

Berlin, S. K. Der Vater eines unehelichen Kindes ist gesetzlich und moralisch verpflichtet, für sein Kind zu sorgen, ein Recht, es zu sehen hat, er nicht; dagegen kann er bei jedwemmaliger Alimentenzahlung einen Nachweis darüber verlangen, daß das Kind noch lebt.

Ostervick a. S., T. B. Eine Klage gegen die Krankenkasse hat keine Aussicht auf Erfolg.

Gera, O. D. Zunächst wollen wir darauf aufmerksam machen, daß wir Fragen, die bloßer Neugier empfinden, nicht beantworten. Dies scheint bei der dritten Frage der Fall zu sein. Zu 1: Der Vorstandsbericht wird wohl die näheren Angaben bringen. Zu 2: Darüber kann man verschiedener Ansicht sein.

Münberg-Gürth, H. U. Streifabrechnungen veröffentlichen wir erst, wenn sie uns von Vorstand, nachdem sie dieser geprüft hat, übergeben werden.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Bezirks- oder Bezirksvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Leipzig. Der Verkehr der fremdsprachigen Maurer befindet sich bei Julius Sybe (Bayrisches Bräukübel), Gerberstr. 19-27.

Giessen.

Am Samstag, den 23. Februar, Abends 8 Uhr, hält die Zahlstelle Hengelheim b. Gießen eine

Abendunterhaltung

im Lokale des Herrn August Rinn ab. Alle Kollegen aus den umliegenden Orten sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 8] Der Vorstand.

Luckenwalde.

Donnerabend, den 23. Februar, Abends 8 Uhr: Fastnachtsvergnügen bestehend in Theater und Tanz. Sämtliche organisierte Maurer von Luckenwalde und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 8] Der Vorstand.

Oranienburg.

Donnerabend, den 23. Februar, Abends 7½ Uhr: Wintervergnügen bei Rosantina in Sandhausen. Alle Mitglieder von Oranienburg und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2/70] Der Vorstand.

Sterbefafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Liste folgt 15 A.)

- Mfcherleben. Am 6. Februar starb unter Kollege Hermann Bertram im 62. Lebensjahre an Magenkrebs.
Berlin. Am 28. Januar starb unter Mitglid Karl Kohl im Alter von 87 Jahren an Herzschlag.
Charlottenburg. Am 17. Januar starb unter langjährigem Mitglid Friedrich Noack im Alter von 62 Jahren in der Irrenanstalt in Neu-Ruppin.
Deutsch-Wiffa. Am 29. Januar starb der Kollege Fritz König aus Muckerau im Alter von 26 Jahren infolge eines Sturzes.
Kiel. Am 8. Februar starb unter Mitglid Christoph Hartkopp im Alter von 21 Jahren an der Brustkrankheit.
Münberg-Gürth. Am 31. Januar starb unter Kollege Christof Lüssel im Alter von 30½ Jahren an der Lungenentzündung.
Am 9. Februar starb unter Kollege Georg Hett im Alter von 33 Jahren an Lungenentzündung.
Pitzhausen. Am 4. Februar starb unter Kollege Gustav Feldweg im Alter von 26 Jahren an Tuberkulose.
Rosenheim. Am 27. Januar starb unter Verbandskollege Philipp Vogt im Alter von 84 Jahren an Krebsleiden und Lungenentzündung.
Wiffa. Am 2. Februar verstarb nach einer schweren Operation im Stadtfrankenbause zu Wiffa unter treuer Kollege Friedrich Hermann Helm aus Koblitz b. Wiffa im Alter von 39 Jahren an Bauchfellentzündung.
St. Johann. Am 8. Februar starb unter treuer Verbandskollege Heinrich Köhl aus Jyheim im Alter von 23 Jahren infolge eines Unfalls.
Chre ihrem Andenken!

Gesucht

von seiner Witwe wird der Kollege Georg Maier, geb. am 28. März 1889 zu Dimerkreuth, Verbandsbuch Nr. 332.110. Mitteilungen nimmt auch der Zweigverein Wahrenth entgegen. [M. 180]

Verfassungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Verfassungen zu beisehen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

- Sonntag, den 17. Februar.
Bergedorf. Im Vereinslokal.
Bernsee. Nachm. 2 Uhr in der Wohnung des Kollegen Profmann. Vortrag des Genossen Bräuner.
Cunnersdorf i. Schl. Nachm. 3 Uhr in der „Andreas-Kantine“. T. O.: Stadtwahl der Delegierten zum neunten Verbandsstag.
Dahlen. Nachm. 4 Uhr, im „Goldenen Anker“. T. O.: Stadtwahl zum neunten Verbandsstag.
Erkner. Nachm. 10 Uhr im Bergedorfischen Gesellschaftshaus. T. O.: Bericht der Lokalkommission. Entnommung zum diesjährigen Stützungsstellen.
Glogau. Nachm. 11 Uhr im „Kasteller“. T. O.: Stadtwahl zum Verbandsstag.
Gottesberg. Nachm. 2 Uhr im Lokale des Herrn Böhm in Nr. 245.
Luckenwalde. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal von Otto Schütze. T. O.: Stadtwahl der Delegierten zum neunten Verbandsstag. Bericht der Lokalkommission.
Neudamm. Nachm. 3 Uhr im „Hotel Kaiserhof“. Tagesordnung: Unserer Lohnbewegung.
Neusalz. Nachm. 11 Uhr in „Deutscher Kaiser“. T. O.: Delegiertenwahl.
Schkeuditz. Nachm. 3½ Uhr in „Schmieders Restaurant“. T. O.: Stadtwahl der Delegierten zum Verbandsstag. Wahl der Lokalkommission.
Sora. Nachm. 3 Uhr in der „Flora“. Mitgliederbesuch sind mitzubringen.
Wunsiedel. Nachm. 2 Uhr im Lokale des Herrn Christian Braun. T. O.: Neuwahl des Vorstandes.
Mittwoch, den 20. Februar.
Rastenburg. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 89.
Donnerstag, den 21. Februar.
Itzehoe. Abends 8 Uhr. Ortsversammlung. T. O.: Vertragsfrage.
Freitag, den 22. Februar.
Berlin. (Sektion der Glas- und Steinhandwerker). Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 16, Saal IV. T. O.: Jahresbericht und Neuwahl des Bezirksvorstandes.
Abends 8 Uhr bei Grünbaum, Rausnstr. 27. T. O.: Geschäftsbericht. Neuwahl der Bezirksleitung. Verabschiedung.
Sonntag, den 24. Februar.
Artern. Nachm. 3 Uhr im „Schwan“.
Hintersee. Abends 10 Uhr bei Beder in Pichensberg. T. O.: Abrechnung von vierem Quartal. Vorkaufspreise.
Vallen i. d. M. Nachm. 3 Uhr bei H. Bartsch.
Sonntag, den 3. März.
Ritzsch. Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. T. O.: Bericht der Lokalkommission. Die Mitgliederbesuch sind mitzubringen.
Eisenberg, S.-A. Nachm. 3 Uhr im Saale des „Gambinus“.
Zentral-Krankenhaus der Maurer usw.
Sonntag, den 17. Februar.
Berlin. Nachm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. T. O.: Bericht der Lokalkommission. Wahl des ersten Revolutionskomitees, zweiten Kassierers, ersten Schriftführers und eines Revisors. Verabschiedung.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Rietz & Co. in Hamburg.